Kapitalismus - jetzt mit gutem Gewissen!

Ausgabe Nr. 54, 14. Januar 2020

Ökologische Krise, ökonomische Krise, politische Krisen. Die Welt scheint sich auf den Abgrund zuzubewegen. Für manche sind wir kurz davor, für andere ist es fünf nach zwölf. Eins ist immer deutlicher spürbar: Die Sorge um diesen Planeten und unsere Lebensgrundlage. So kann es nicht weitergehen, es besteht dringender Handlungsbedarf. Nur wie retten wir die Welt? Wie helfen wir denen, für die die Auswirkungen der Krisen schon längst Realität geworden sind?

Weltverbessern ist die Mode schlechthin geworden. Innovative Ideen und Konzepte haben Hochkonjunktur. Von Supermärkten, die Plastiktüten aus dem Sortiment verbannen über städtische carsharing-Lösungen hin zu zero-waste-Bewegungen. In sozialen Netzwerken, Medien, in WG-Küchen, in der Schule, auf dem Buchmarkt: Überall werden eifrig Ideen produziert, wie wir uns und den Planeten weniger belasten. Große Technologieunternehmen stehen dem in nichts nach und liefern am Fließband neue Produkte, die uns helfen, besser zu sein. Wer richtig konsumiert, trägt seinen Teil bei zur Rettung der Welt. Nicht nur, dass hiermit neue Märkte geschaffen werden für Produzenten, diese

Konsumideologie lässt auch völlig außer Acht, dass man sich „bewusstes“, „faires“ und „umweltfreundliches“ Leben leisten können muss. Mal ganz davon abgesehen, dass bewusstes Konsumverhalten im einstelligen Prozentbereich etwas zur Verbesserung der Welt beiträgt, werden hier Klassenunterschiede ideologisch untermauert: Die „Selbstlosen“ versus die „Desinteressierten“. Indes macht sich ein neuer Trend bemerkbar: effective altruism. Datenbasiert und algorithmisch berechnet kann ich mir aussuchen, wo mein Gutes-für-die-Welt-tun die effizientesten Auswirkungen hat, die meisten Leben rettet, am besten investiert ist.

Das Objekt der Lösung aller Probleme ist immer das gleiche: das Individuum. Unangetastet bleibt der Kapitalismus als Produzent der Misere. Im ganzen Kratzen an der Oberfläche werden die Wurzeln der Krise, der Ungleichheiten und der Bedrohungen nicht freigelegt. So bleibt unser Helferkomplex in der ideologischen Nische des Neoliberalismus gefangen. Auf das Individuum kommt es an, die Gesellschaft gibt es nicht. Soziale Lösungen? Fehlanzeige. Leider, und das ist gefährlich, sind auch linke Debatten von diesen Hilfsansätzen durchzogen und lassen mehr und mehr radikale Ansätze hinter kurzsichtigen Konzepten zurück. Mit dieser Ausgabe wollen wir dem entgegenwirken.

In der Ausgabe #55 von kritisch-lesen.de wenden wir uns den Transformationen zu, die in den letzten Jahrzehnten in Industrie und Arbeitswelt auf globaler Ebene zu beobachten waren und fragen, was mit einer Gesellschaft passiert, die gleichermaßen vernetzt wie gespalten ist.

Ein großes Dankeschön möchten wir noch loswerden an alle, die kritisch-lesen.de mit regelmäßigen oder einmaligen Spenden unterstützen. Wir freuen uns sehr darüber!

Und nun viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Wohltätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade“

© medico international

Interview mit Thomas Gebauer

Egal ob effektiver Altruismus oder Crowdfundingkampagnen: Private Mildtätigkeit stärkt den neoliberalen Kapitalismus. Eine echte Daseinsvorsorge braucht einen kritischen Begriff von Solidarität – und eine globale Perspektive.

Herr Gebauer, blicken wir auf die Welt, wie sie ist, sehen wir überall Krieg und Armut. Um die Not zu lindern, gibt es immer neuere Formen der Hilfe. Besonders schillernd ist der sogenannte „Effektive Altruismus“, bei dem es darum geht, Initiativen zu unterstützen, die besonders effektiv Menschen helfen. Wird dadurch die Welt eine bessere?

Wohl kaum! Und schon gar nicht, wenn das Ziel die Verwirklichung universeller Menschenrechte sein soll. Im „Effektiven Altruismus“, einer skurrilen Mischung aus Philosophie und Finanzökonomie, wird die Entpolitisierung zum Dogma erhoben. Die Vordenker gehen davon aus, dass Not nur durch Hilfe abgefedert, nicht aber ihre strukturellen Ursachen beseitigt werden können. Die werden bei allen Überlegungen einfach ausgeblendet.

Inwiefern?

Deutlich wird das am Beispiel des „Charity Evaluator“, der von zwei New Yorker Hedgefonds-Analysten entwickelt worden ist. Mit einschlägigen Kosten-Nutzen-Analysen berechnen sie, wie am effektivsten geholfen werden kann. So setzen sie die eingesetzten Mittel in Beziehung zu dem verlängerten Lebenszeitraum eines Menschen und kommen zu dem Ergebnis, dass die

effektivste Hilfsorganisation die „Against Malaria Foundation“ ist, die für die Rettung eines Menschenlebens etwa 2.300 US-Dollar aufwendet. Doch was macht man mit Menschen, deren Rettung vielleicht mehr Geld erfordert? Was macht man mit allen Formen von Prävention, um Menschen dabei zu helfen, gar nicht erst in bedrohliche Situationen zu kommen? Das alles lässt sich mit solchen Berechnungen und dieser Form der Wirkungskontrolle nicht erfassen.

Ab wann gilt etwas als effektiv?

Ich habe Vertreter des „Effektiven Altruismus“ mal gefragt, ob sie bereit wären, uns bei der Bekämpfung von Anti-Personen-Minen zu unterstützen. Sie haben es schlichtweg abgelehnt.

Mit welcher Begründung?

Weil eine solche Kampagne ihr Ziel ja nicht erreichen könnte, also unwirksam bleibt. Weil man womöglich keine raschen und messbaren Erfolge nachweisen kann. Wir haben schließlich Jahre gebraucht, um das Verbot von Anti-Personen-Minen durchzusetzen. Die Alternative wäre gewesen, es dabei zu belassen, den Opfern Prothesen zu geben. Mit dieser Art des Helfens, die wir auch geleistet haben, verschwindet die Möglichkeit, tatsächlich verändernd in die Strukturen einzugreifen.

Das Konzept scheint aber zu funktionieren. Viele machen mit beim „Effektiven Altruismus“.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie so Gutes tun. Man überlegt, wie man sein Einkommen ausgibt, ohne zu fragen, wie es zustande kommt. Ganz abstrus wird es, wenn es darum geht, so viel Geld wie möglich zu verdienen. Eine Spielart des „Effektiven Altruismus“ ist das *earning to give*. Demnach soll man möglichst viel Geld verdienen, um möglichst viel Gutes tun zu können. Die Helden des modernen Helfens sind dann Börsenspekulanten.

Aber was spricht dagegen, wenn Menschen viel Geld für Moskitonetze springen lassen, damit weniger Leute sterben?

Es ist immer eine Frage dessen, was man erreichen möchte. Wenn es darum geht, Not und Unmündigkeit nachhaltig zu überwinden, dann hilft pure Wohltätigkeit nicht weiter. Wenn wir am Ziel der Schaffung sozialer Gerechtigkeit festhalten wollen, bedarf es auch der politischen Intervention.

Wer dieses Ziel aufgibt und das Unrecht bestenfalls ein bisschen abfedern möchte, für den ist der „Effektive Altruismus“ vielleicht vernünftig.

Neben dem „Effektiven Altruismus“ sind Crowdfunding-Kampagnen wie GoFundMe aus den USA beliebt. Menschen stellen Aufrufe ins Internet und hoffen, damit genug Geld zu erhalten, um Arztrechnungen, Schulgeld oder Kosten für die Beerdigung eines Verwandten zahlen zu können. Warum ist die private Mildtätigkeit gerade in den USA so verbreitet?

Spendenplattformen wie GoFundMe haben in den USA deshalb eine so große Bedeutung, weil es dort keine systematische und verlässliche soziale Daseinsvorsorge gibt. Wo Menschen keinen Zugang etwa zur Krankenversicherung oder zu öffentlich finanzierten Bildungseinrichtungen haben, bleibt ihnen keine andere Wahl. Inzwischen aber nehmen solche Spendenplattformen auch in Deutschland zu.

Warum?

Sie versprechen Nähe und unmittelbare Solidarität. Dabei wird aber übersehen, dass es Menschen gibt, die gar nicht imstande sind, einen Aufruf zu formulieren, oder die an einer Not leiden, die sie nicht öffentlich zur Schau stellen wollen. Die Anonymität von sozialen Sicherungssystemen, so wie wir sie kennen, ist etwas sehr Wertvolles. Sie sichert ein Anrecht auf Unterstützung, ohne sich entblößen zu müssen. Das schützt vor Diskriminierung und garantiert auch individuelle Freiheiten. Solche Grundsätze gehen verloren, wenn Not und Hilfe auf dem Marktplatz des Internets verhandelt werden.

Auch wenn soziales Crowdfunding als etwas Neues erscheint, ist es also eher ein Rückfall hinter institutionalisierte Solidarität?

Es ist sogar ein Rückfall hinter die Zeit der Französischen Revolution, hinter die Idee der Menschenrechte. Der Sozialreformer Johann Heinrich Pestalozzi, ein Zeitgenosse der Französischen Revolution, soll mal den wunderbaren Satz gesagt haben: „Wohltätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade.“ Wir sind auf dem besten Weg, genau diese Form des Ersaufens von grundlegenden Rechten wieder hoffähig zu machen. Recht ist immer etwas Abstraktes. Rechte haben auch die, die wir nicht kennen und sehen. Wir

opfern diese Form des Rechtsanspruchs, wenn wir solidarisches Handeln aus seiner Absicherung durch gesellschaftliche Institutionen herauslösen.

Strukturelle Ursachen sind aber schwerer zu beseitigen. Ist da der Wunsch nach einer konkreten Hilfe nicht nachvollziehbar?

Natürlich ist es wichtig, sich zu engagieren und für die unmittelbare Beseitigung einzelner Missstände zu sorgen. Dabei aber muss immer klar sein, dass für nachhaltige Lösungen mehr notwendig ist. Ich will das am Beispiel eines Projektes aus Südafrika erläutern. In der Provinz Limpopo waren die Toiletten einer Grundschule in einem so schlechten Zustand, dass Kinder darin umgekommen sind. Das mussten und wollten die Eltern zusammen mit den Lehrern ändern. Section 27, eine Partnerorganisation von medico, hat sich eingeschaltet. Der Name bezieht sich auf Artikel 27 der südafrikanischen Verfassung, in dem das Recht auf Gesundheit festgeschrieben ist. Section 27 hat nicht das gemacht, was womöglich viele Hilfsorganisationen getan hätten, nämlich Geld bereitzustellen, damit die Leute in Eigenverantwortung die Toiletten reparieren können. Stattdessen haben sie die Eltern und Lehrer darin unterstützt, sich als politische Akteure zu Wort zu melden, um auf die Schulverwaltungen Druck auszuüben, damit sie endlich ihren Pflichten nachkommen und für die Instandsetzung der öffentlichen Gebäude sorgen.

Hat das funktioniert?

Nicht sofort. Weil die Kampagne die Untätigkeit der Provinzregierung publik gemacht und dabei auch die Korruption thematisiert hat, sind einige der Aktivisten sogar mit dem Tode bedroht worden. Aber am Ende haben sich die Leute durchgesetzt. Und es wurden nicht nur die Toiletten in der einen Schule, sondern in allen Schulen der Provinz instand gesetzt.

Was unterscheidet Section 27 von einer NGO, die den Betroffenen direkt Geld zur Instandsetzung der Toiletten gegeben hätte?

Das ist ein anderer Ansatz. Es ist eine Hilfe, die den Leuten vor Ort bei ihren Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlich Mächtigen, in diesem Fall der Verwaltungsmacht, zur Seite steht und auf eine gesellschaftliche Verantwortung pocht. Für intakte Schulgebäude und Bildung zu sorgen, liegt nicht in privater Verantwortung, sondern in öffentlicher. Es wäre ein Fehler,

nicht auf dieser öffentlichen Verantwortung zu bestehen. Nur so lassen sich die Menschenrechte verwirklichen.

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von der Ambivalenz der Hilfe. Was meinen Sie damit?

Hilfe ist immer etwas Zweischneidiges. Zweifellos ist es notwendig, Menschen, die Hunger leiden, mit Nahrungsmittelspenden beizustehen. Gleichzeitig aber trägt eine solche Hilfe auch dazu bei, bestehende Ungleichheit zu stabilisieren. Hilfe, die soziales Unrecht nur abfedert, schafft noch keine Veränderung der strukturellen Bedingungen von Not und Unfreiheit.

Sie sind aktiv bei der Hilfsorganisation medico. Tragen Sie damit auch zur Stabilisierung der Verhältnisse bei?

Wir haben aus solchen Grundüberlegungen heraus einen kritischen Begriff von Hilfe entwickelt, der Hilfe zugleich verteidigt und zu überwinden versucht. In Zeiten gesellschaftlicher Entsolidarisierung ist es notwendig, auf unmittelbare Hilfen, etwa für Menschen, die zu uns geflohen sind, zu bestehen. Aber es muss eben auch darum gehen, die Ursachen von Flucht und aufgezwungener Migration aus der Welt zu schaffen. Letztlich geht es darum, wohltätige Hilfe durch verlässliche Formen von institutionalisierter Solidarität überflüssig zu machen.

Was unterscheidet Hilfe von Solidarität?

Hilfe ist eine spezielle Form von Solidarität, man unterstützt sich gegenseitig in Situationen von Bedürftigkeit. Solidarität aber ist mehr: Sie zeigt sich nicht nur im gemeinsamen Kampf für gerechte Verhältnisse, sondern ist selbst ein Ziel. Solidarität verlangt nach gesellschaftlichen Institutionen, die für Ausgleich und Teilhabe und damit für ein würdevolles menschliches Zusammenleben sorgen. Die Französische Revolution wusste um die Bedeutung von Solidarität. Neben Freiheit und Gleichheit verlangte sie bekanntlich auch das, was die Revolutionäre damals Brüderlichkeit nannten. Übersetzen wir „Fraternité“ zeitgemäß mit „Gesellschaftlichkeit“, wird die immense Bedeutung, die in dieser Forderung steckt, klar. Es geht nicht um soziales Gedöns, wie es neoliberale Politiker gerne verstanden wissen wollen, sondern um etwas, das durch den Neoliberalismus fast komplett zerstört worden ist – die Erkenntnis, dass es gesellschaftlicher Institutionen bedarf, um

Freiheit und Gleichheit zu sichern. Solidarität ist weit mehr als das Gefühl innerer Verbundenheit. Solidarität steht für die Verpflichtung aller, für das Ganze einzustehen.

Solidarität ist ein schillernder Begriff. Linke verwenden ihn ebenso wie Rechte und Neoliberale – und alle verstehen etwas anderes darunter. Ist es deshalb überhaupt sinnvoll, sich auf einen Begriff zu beziehen, der eine so unklare Bedeutung hat?

Gerade weil der Begriff der Solidarität mitunter missbraucht wird, ist die Entfaltung eines kritischen Verständnisses notwendig. Eines, das aufzeigt, wie problematisch die neoliberale Überhöhung von Freiheit ist. Vielen Menschen hat die Aufkündigung von Gesellschaftlichkeit nicht ein Mehr an Freiheit, sondern nur eine Art Vogelfreiheit gebracht. Inzwischen ist die soziale Verunsicherung – wir können auch sagen: Ent-Sicherung – von Menschen zum Weltrisiko Nummer eins geworden.

Daraus versuchen derzeit die rechten Kräfte Kapital zu schlagen und appellieren an eine exklusive Solidarität. Was unterscheidet die exklusive Solidarität von einer linken?

Nehmen wir das Beispiel Polen, wo die PiS-Partei im Oktober erneut Wahlen gewonnen hat. Zustimmung erfuhr die politische Rechte nicht zuletzt deshalb, weil sie sich für öffentliche Daseinsvorsorge starkgemacht hat. Sie tat das allerdings in Abgrenzung zu anderen und bediente so rückwärtsgewandte Ressentiments. In den Vorstellungen der Rechten ist Solidarität nur in möglichst homogenen Gemeinschaften möglich, in denen das Fremde keine Rolle spielt. Was die politische Linke dem entgegenzusetzen hätte, ist eine kosmopolitische Idee von Solidarität. Eine, die darum weiß, dass die großen Probleme der Zeit, der Klimawandel, die Zunahme von Konflikten, die weltweite Armut, nur im globalen Kontext gelöst werden können. Wer meint, solche Probleme durch Abschottung lösen zu können, irrt.

Die Fraternité, die Brüderlichkeit in der Französischen Revolution, lässt sich auch interpretieren als Zusammenschluss der Brüder gegen den König. Braucht es für die Solidarität ein Außen, gegen das man sich solidarisiert?

Dieses Argument hat mir nie eingeleuchtet. Solidarität hat etwas mit der Verwirklichung von Menschenrechten zu tun, und deren Grundsatz ist die Universalität. Mag sein, dass diesem Grundsatz feudale Strukturen entgegenstehen, aber ein Außen als solches braucht Solidarität explizit nicht. Das Außen kommt erst ins Spiel, wenn die Idee universeller Rechte auf das Bemühen um Sicherheit reduziert wird. Das ist gegenwärtig der Fall. Sicherheit ist etwas, das man auch partikular, etwa durch Abschottung, realisieren kann. Das Recht dagegen ist dem Anspruch nach immer universell.

Internationale Klassensolidarität lebt auch vom Austausch mit Beschäftigten im Globalen Süden. Ich kann mich mit einer Textilarbeiterin aus Bangladesch leichter solidarisch erklären, wenn ich eine konkrete Person vor Augen habe. Sind Austausch und Nähe Voraussetzungen für Solidarität?

Begegnungen zwischen Menschen helfen, das Gemeinsame herauszufinden und zu erkennen. In Städtepartnerschaften oder auch dem Austausch, den Kirchen organisieren, liegt eine Menge Kraft. Aber noch mal: Das Prinzip ist, dass wir am Ende auch solidarisch sind mit Menschen, die wir nicht kennen. Die Menschenwürde für alle zu verwirklichen, erfordert eine Abstraktionsleistung, die über das konkrete und unmittelbare Erleben hinausgeht.

Aber lässt sich konkrete Solidarität im Lokalen leichter organisieren?

Das Globale steht im Verhältnis mit dem Lokalen. Um beispielsweise sinnvolle gesundheitliche Prävention betreiben zu können, brauchen lokale Zusammenhänge nicht nur eigene Entscheidungsbefugnisse, sondern auch die entsprechenden Mittel. Die können durchaus zentral zusammengetragen werden. Durch Institutionen, die etwa Steuern einnehmen und dafür sorgen, dass notwendige gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Die Frage hingegen, was mit den Mitteln geschehen soll, muss möglichst weit unten in kleineren Zusammenhängen beantwortet werden. In Skandinavien entscheiden die Kommunen über die Prioritäten bei der gesundheitlichen Prävention. Soll das Geld in den Bau einer neuen Sporthalle fließen, in einen neuen Trimm-dich-Pfad oder in Ernährungsberatung an Schulen? Aber ohne einen übergreifenden solidarischen Finanzausgleich wird auch im Lokalen nur wenig zu entscheiden sein.

Was heißt das jetzt übertragen auf die globalen Verhältnisse?

Seit Jahren mache ich mich für eine globale Bürgerversicherung stark. Weltweit gesehen sind genug Mittel da, um allen Menschen der Welt den Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Es scheitert nicht am Mangel an Ressourcen, nicht am Wissen, sondern nur an der Bereitschaft, den Ausgleich zu realisieren. Es ist eine Frage der Politik, aber auch eine Frage der Öffentlichkeit, sich bereit zu erklären, auch für die Gesundheitsbedürfnisse von Menschen in Südasien oder in Afrika einzustehen. Noch sind wir weit von der Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen globalen Austauschs entfernt. Die Idee internationaler Solidarität, von der wir früher so oft gesprochen haben, muss heute inhaltlich neu bestimmt werden.

Kann der Staat die Rolle einer zentralen Stelle einnehmen?

Ich spreche mit Absicht nicht von staatlichen Institutionen, sondern von gesellschaftlichen. Mir geht es nicht darum, Nationalstaaten das Wort zu reden, sondern einer gesellschaftlichen Verantwortung, die sich in gesellschaftlichen Institutionen materialisiert. Das müssen nicht zwangsläufig staatliche Institutionen sein.

Sondern?

Austausch und die Teilhabe können auch über gesetzlich geregelte Selbstorganisationen ermöglicht werden. In unserem Krankenversicherungssystem ist das trotz aller Mängel als Prinzip angelegt. Es wäre eine Aufgabe linker Politik, statt nur die bürokratische Verkrustung solcher Institutionen zu kritisieren, für deren Demokratisierung zu sorgen, sie sozusagen zu vergesellschaften. Nur so kann die Einflussnahme mächtiger Akteure wie der Pharmaindustrie zurückgedrängt und können die Bedürfnisse und Rechtsansprüche der Patientinnen und Patienten ins Zentrum gestellt werden.

Braucht es für eine tatsächliche Verwirklichung der Solidarität eine andere Wirtschaftsform?

Das ist wahrscheinlich die Voraussetzung für Solidarität. Daseinsvorsorge verträgt sich nur bedingt mit profitorientierten und auf Wachstum ausgerichteten Geschäftsinteressen. Gemeingutökonomien funktionieren nur, wenn die vorhandenen Mittel weder unter- noch übergenutzt werden. Was das

bedeutet, kann nicht den Opportunitätsüberlegungen privater Kapitalanleger überlassen bleiben. Im solidarischen Ausgleich treten Menschen zueinander in Beziehung und unterstützen sich gegenseitig. Das Solidaritätsprinzip bedeutet, den Rechtsansprüchen auch derer zu entsprechen, die sich den Zugang zu Bildung oder Gesundheit aus eigener Kraft nicht leisten können. Mit der Privatisierung von Daseinsvorsorge, die in den Ländern des Südens viel weiter vorangeschritten ist als hier, werden aber genau die ausgeschlossen, die Daseinsvorsorge am dringendsten bräuchten: die Armen und Mittellosen. Gemeingüter lassen sich nur außerhalb der Sphäre kapitalistischen Wirtschaftens verwirklichen.

Wenn das Ende des Kapitalismus eine Voraussetzung für verwirklichte Solidarität ist, stellt sich die Frage, wie dieses Ende herbeigeführt werden kann. Momentan sprechen viele über Klasse und Klassenkampf. Ist die Klassensolidarität, die sich explizit gegen den Kapitalismus und die Kapitalseite richtet, ein Mittel zur Überwindung des Kapitalismus?

Ich bin nicht sicher, ob die Begriffe „Klasse“ und „Klassenkampf“ weiterhelfen. Es geht vielmehr um die Frage nach dem revolutionären Subjekt. Wo sind die Kräfte, die der sozialökologischen Verwüstung der Welt Einhalt gebieten können? Das ist sicherlich nicht das herkömmlich gedachte Proletariat, und es sind auch nicht nur die Marginalisierten und Ausgegrenzten, sondern auch Mittelschichten und Intellektuelle. Das, was für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig ist, ist sehr vielschichtig. Revolution muss man sich heute eher als Bündel von Initiativen vorstellen, die in ihrem Umfeld notwendige Veränderungen vorantreiben. Da geht es um das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, um unsere Beziehung zur Natur, um die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebens- und Produktionsweise, um Fragen der Macht. Das Problem ist, dass heute viele der Initiativen, die sich für eine sozialökologische Transformation engagieren, eher isoliert für sich und nicht aufeinander bezogen arbeiten. Noch fehlt es an einer gemeinsamen, die globalen Zusammenhänge berücksichtigenden Strategie.

Genau das ist eine der Ausgangsüberlegungen einer Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit. Damit verbindet sich die Hoffnung, die Partikularisierung linker Politik hinter sich zu lassen, wieder zu etwas Universellem zu kommen.

Dafür braucht es vor allem die Verständigung auf Grundprinzipien. Hier spielt der Antikapitalismus durchaus eine wichtige Rolle. Nehmen wir die nachhaltige Entwicklungsagenda der UN mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen. Eine wunderbar klingende Programmatik, die scheinbar nichts auslässt. Viele NGOs waren hochzufrieden, dass sie ihr jeweiliges Ziel unterbringen konnten – in der Freude ist das eigentliche Problem aus dem Blick geraten: In den Ausführungsbestimmungen steht, dass für die Verwirklichung der Ziele die Länder jeweils selbst verantwortlich seien und deshalb zuallererst für Wachstum zu sorgen sei. Von einer gerechten Verteilung vorhandener Ressourcen ist dagegen nicht die Rede. Letztlich wird mit dieser Agenda eine Quadratur des Kreises versucht. Wie aber kann mit einer zerstörerischen Produktionsweise die Umwelt gerettet und wie mit einem System, das systematisch Armut produziert, die Armut aus der Welt geschafft werden? Nachhaltige Veränderung gelingt nur, wenn wir das Ganze im Blick behalten.

Braucht es dafür eine Utopie?

Es geht um die Entwicklung von Ideen, die wir der Zerstörung entgegenstellen können. Wir müssen deutlich machen, dass es anders geht. Dafür bedarf es auch einer Vision von Gesellschaftlichkeit im globalen Kontext. Eine, die nicht mehr von Konkurrenz und dem Streben nach privatem Profit getragen wird, sondern von der gegenseitigen Sorge und der gemeinsamen Verantwortung für das Ganze, von Solidarität.

**

Thomas Gebauer, 64, ist Soziologe, Psychologe und Menschenrechtsaktivist. Er arbeitet seit gut 40 Jahren im Bereich der internationalen Hilfe, war viele Jahre Geschäftsführer der Hilfsorganisation medico international. Heute ist er Sprecher der Medico-Stiftung. Er hat Anfang der 1990er Jahre die „Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen“ initiiert, die 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Das Interview führte Sebastian Friedrich

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Wohltätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade“. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/NPscQ.

Den Fußabdruck politisieren

Essay von Andrea Strübe

Der Alltag steckt voller Appelle, das Richtige zu tun. Was für ein besseres Leben für alle wirklich notwendig wäre, ist leider nur selten Gegenstand von Debatten.

Essay von Andrea Strübe

Samstagabend. Ich sitze zusammen mit Freund*innen beim Bier. Es kommt eine allzu gewohnte Diskussion auf. Die These meiner Gegenüber: Wenn der Porschefahrer zum Biomarkt fährt und sich dort mit veganer Ernährung versorgt, ist das immer noch besser, als wenn er nur Porsche fährt. Ich frage: Was macht das für einen Unterschied? Mal abgesehen davon, dass er sich an Bio dumm und dusselig essen kann, bis er den Porsche amortisiert hat, ändern wird er damit nichts. Ein solches Verhalten ist vielleicht chic, aber ganz sicher nicht politisch. Es fällt der viel zu oft gehörte Satz: Wenn es aber alle so machen würden! Wir reden uns heiß, Argumente werden ausgetauscht, manche einfach immer wieder wiederholt. Am Ende sind wir alle aus der Puste, die Stimmung ist gekillt und keine*r schlauer.

Warum hält sie sich so wacker in den hoffnungsvollen konsum- und lifestylebewussten Köpfen der Menschen, diese Formel „wenn es alle so machen würden“? Wenn wir alle ein bisschen verzichten, dafür alle ein bisschen mehr Gutes tun und verantwortungsvoll mit den Ressourcen umgehen würden, dann könnten wir viel bewegen. Dann würden sich Konsumgewohnheiten nachhaltig verändern, menschliches wie tierisches Leid könnten gemindert werden. Die Industrie würde die Macht der Verbraucher*innen ernst nehmen müssen und die Klimakatastrophe könnte abgewendet werden. Keine Diskussion über Veganismus, Bio, Verzicht auf

Flugreisen et cetera kommt ohne diesen Satz aus. Stellt man die politische Dimension bewussten Verhaltens in Frage, dann wird er einem garantiert entgegengehalten. Warum? Ist das der letzte Strohhalm, an den sich alle klammern?

Na klar, die Formel klingt ja auch erstmal logisch. Aber ist das Problem einfach nur, dass nicht alle mitmachen? Zyniker*innen könnten sagen, das wird eh nix – wie willst du alle Menschen davon überzeugen, diesen Lebenswandel mitzumachen? Wo beginnt eigentlich die kritische Masse? Wieviel Macht haben die Verbraucher*innen? Wieviel Verzicht ist dafür notwendig? Wieviel impact hat der vegane Porschefahrer auf das Klima? Wieviel Verantwortung trägt die*der Einzelne?

Aber das Problem mit der Formel ist offensichtlich: Sie geht nicht auf. In ihr ist das Grundsätzliche nicht enthalten: Produktionsbedingungen, Ausbeutung, Überproduktion. Der Kapitalismus eben. Wenn möglichst viele mitmachen – dieses Konzept verharrt auf der Ebene der Verantwortung einzelner Subjekte und klammert größere Zusammenhänge aus. Trotzdem begegne ich – auch (oder gerade?) in meinem bewussten, bio-affinen Umfeld – immer wieder individuellen Verzichtsneurosen statt politischer Debatte. Vegan/vegetarische Ernährung, Biosupermarkt, Lebensmittelkooperative, Fairtrade, Verzicht auf Flugreisen, Autos, Plastik. Und ein ständiges Hadern mit den Widersprüchen. Du sagst mir, fliegen ist schlecht und hast schon wieder ein neues Smartphone? Keine*r möchte Teil sein von der ekelhaften, schmutzigen, alles verschlingenden Industrie, von der Rücksichtslosigkeit, mit der im profitgetriebenen Kapitalismus der Planet vor die Hunde geht. Aber wie gehen Alternativen?

Diese ständige Suchbewegung in einer undurchsichtigen Materie zeichnet die Hilflosigkeit aus, mit der wir nach Verbesserung suchen. Mir geht es auch so. Mein Gewissen ist mein ständiger Konsumbegleiter, mein ökologischer und sozialer Fußabdruck verfolgt mich. Mir wurde das als Kind schon eingebläut: Bio-Essen, kein Wasserlaufenlassen beim Zähneputzen, alles wird alle gemacht, Licht wird immer ausgemacht, Pulli statt Heizung, Fahrrad statt Auto. Ich kann mich nicht freimachen von meiner gefühlten Verantwortung. Obwohl ich weiß, dass mein Verhalten an vielen Stellen überhaupt nichts nützt, wenn nicht gar Verhältnisse stützt. Oder ich eben nicht weiß, wie effektiv das jetzt ist.

Ach, die Achtsamkeit

Diese Überforderung hat sicherlich viele Gründe. Die Folgen meines Handelns sind so undurchsichtig, Informationen so konträr, Angebote so zahlreich. Verantwortung übernehmen zu wollen, heißt nicht gleich, die ganze Komplexität und damit auch Lösungen zu erfassen. Was aber erschwerend hinzu kommt, ist der moralische Druck. Fast könnte man meinen, wir befinden uns im Zeitalter des Hyper-Bewusstseins. Der Buchmarkt ist überschwemmt mit Achtsamkeits-Ratgebern: Achte auf dich selbst, achte auf deine Gesundheit, achte auf die Umwelt, achte auf dein Gegenüber, achte auf deinen Fußabdruck. Schön und gut, kann man so machen. Aber das Problematische daran ist, dass in diesen zig Appellen, die uns tagtäglich begegnen, nur eines angesprochen wird: das einzelne Subjekt. Die Verantwortung liegt beim Individuum, sowohl als Verursacher als auch als Verbesserer.

Das ist im neoliberalen Kapitalismus nicht weiter verwunderlich. Für unser Glück und unseren Erfolg selbst verantwortlich zu sein, das lernen wir mittlerweile von klein auf in allen Institutionen, die uns umgeben – Familie, Schule, Beruf, Gesellschaft, Medien et cetera. Natürlich überträgt sich diese Ideologie auch in Debatten um Nachhaltigkeit. Und so wird die Rettung des Planeten zum unternehmerischen Lifestyle. Hier wieder eine neue Plastikvermeidungsstrategie entdeckt, dort ein neues Rezept für veganen Käse, noch ein Unverpackt-Laden im Viertel eröffnet. Mit der ständigen Optimierung der eigenen Gewissenspflege lässt sich darüber auch noch eines ganz wunderbar praktizieren: Konkurrenz. In einem moralisch so aufgeladenen Feld die eigene Leistung zur Schau zu stellen und dann mit dem Finger auf andere zu zeigen: welch erhabenes Gefühl! So kontrollieren wir uns alle gegenseitig und können auf die verächtlich blicken, die diesen Trend nicht mittragen. So wird aus dem Projekt achtsames Leben vor allem eins: ein Projekt zur Herstellung des Klassenhabitus.

„Wenn es alle so machen würden“ – ein donnergrollender Schuldspruch an jene, die sich das Öko-Image schlicht nicht leisten können. Verzicht ist teuer. Was dabei ausgeblendet bleibt: Es sind die reicheren Menschen auf diesem Planeten, deren Lebensweise die schmutzigste ist. Wenn es alle so machen würden – die Aussage ist nicht wegen ihrer Realisierbarkeit absurd, sondern weil die meisten Menschen gar keine Möglichkeit haben, den Planeten so zuzumüllen, wie es nur relativer Reichtum erlaubt. Nur ein kleiner Teil der

Menschheit fliegt beispielsweise – den Luxus schier unbegrenzter Mobilität genießen nur wenige. Richtiger müsste der Satz also heißen: Wenn die Wenigen es so machen würden wie die meisten.

Ein praktischer Nebeneffekt ergibt sich aus der individualisierten Moralkeule außerdem für Politik und Wirtschaft. Es ist wie das Tafelprinzip. Durch das ehrenamtliche Engagement zur Unterstützung sozial benachteiligter Menschen hat sich eine Hilfsinstitution etabliert, die den Staat aus seiner sozialen Verantwortung nimmt. Mit der stets aufs Individuum übertragenen Verantwortung bleibt unbeachtet, welche Verantwortung marktkonforme Politik und kapitalistische Wirtschaftsprinzipien haben.

Politik statt Flugscham

Wer von tiefgreifenden Veränderungen unserer vernichtenden Lebensweise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Konsum ist eines der tragenden Prinzipien in einer Ökonomie, die nach stetem Profit und Akkumulation strebt. Dieses Streben ist es, das die Ressourcen ausbeutet, immer neue Produkte entwickelt und auf den Markt schwemmt. Konsumanreize bestimmen unser aller Leben. Davon auszugehen, Konsument*innen hätten den Markt in der Hand und die Macht, den Markt entsprechend zu steuern, spricht für eine falsche Analyse davon, wie Angebot und Nachfrage im Kapitalismus funktionieren. Mit immer neuen Angeboten und Trends wird Konsumverhalten animiert. Das gilt auch für den Markt der Nachhaltigkeit. E-Autos, Bioware, Ökostrom. Auch damit wird Profit gemacht, auch damit wird das kapitalistische Prinzip der Konkurrenz befeuert.

Eines haben Konsum und Konsumverzicht gemeinsam: Sie lassen das Prinzip Kapitalismus unangetastet. Die Bemühungen, diesen nach grüneren Prinzipien zu reformieren, stehen in krassem Widerspruch zu seiner Grundlage: der Ausbeutung von Mensch und Natur. Auch wenn es dabei fairer und gesünder zugehen soll, ein *wirklich* grüner Kapitalismus ist schlicht nicht möglich.

Das soll kein Plädoyer für ein Weiter-so sein, bis wir den Kapitalismus abgeschafft haben. Natürlich ist ein achtsames Handeln wichtig. Natürlich ergibt es Sinn, sich Gedanken zu machen, auf wessen Kosten man lebt. Aber wir sollten anfangen, uns Gedanken zu machen über den Unterschied

zwischen Lifestyle und Lebensstil. Mein Gewissen freikaufen und mich damit auf die Seite der moralischen Gewinner schlagen und dabei noch möglichst hip rüberkommen, bringt vielleicht dem eigenen Ego was, aber da hört‘s auch schon auf. Wenn wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir unseren Lebensstil politisieren können und über individuelles Verhalten hinaus wachsen, dann brauchen wir gelebte Gegenmodelle. Wenn Linke über ein anderes politisches Projekt nachdenken, das den Kapitalismus überwinden soll, dann müssen wir auch jetzt schon ein Verhalten erproben, dass zu den Ressourcen des Planeten und deren gerechten Verteilung passt. Dazu ist es unbedingt notwendig, unsere Diskurse über Verzicht, über Konsum, über Flugscham zu politisieren. Der erste Schritt muss sein, Debatten über Verantwortung zu entindividualisieren. Wir brauchen eine tiefgreifende und greifbare Analyse der Bedingungen, unter denen die Vernichtung von Lebensgrundlagen stattfindet. Wir müssen uns genau anschauen, welche die politischen und ökonomischen Konstellationen sind, die es ermöglichen, den Planeten zu Grunde zu richten. Die Einrichtung von Klimazielen auf staatlicher Ebene, wie sie hierzulande höchstens halbherzig verfolgt wird, ist nicht viel wert, wenn deutsche Konzerne einen Großteil ihrer Emissionen in anderen Weltregionen fröhlich in die Atmosphäre blasen. Der Kapitalismus ist ein weltumspannendes System, als solcher muss er auch verstanden und angegriffen werden. Wenn es alle *so* machen würden…

Zitathinweis: Andrea Strübe: Den Fußabdruck politisieren. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/wKWiR.

Kann das auch anders?

Merlin Wolf
Alternative Ökonomie
Wohnen - Arbeit - Konsum

Eine kurze Einführung in antikapitalistische Lebens- und Arbeitsmodelle.

Rezensiert von Anne Herrmann

Alternativer Lifestyle ist schick. „Bio“, „Regio“, „Sharing“ oder „Fair“ sind Label, unter denen sich ein scheinbar alternatives, konsum*kritisches* Konsummodell entfaltet. Landkommunen, Mehrgenerationen- oder Projekthäuser erproben Formen des Zusammenlebens zum Teil schon seit Jahrzehnten jenseits vom Einfamilienhaus oder den „eigenen vier Wänden“. Tauschringe versuchen aus der Logik des Geldes zu brechen. Eine Übersicht über die gegenwärtigen Formen alternativer Ökonomie will Merlin Wolf mit seinem kleinen Band vorstellen.

Von der Vielfalt alternativer Modelle

Wolf thematisiert eine ungeheure Vielzahl an Projekten und umgesetzten Modellen aus den Bereichen Care, Wohnen, Arbeiten, Konsum und Kreislaufwirtschaft. Jedes Kapitel enthält einen kurzen geschichtlichen Rückblick, eine Beschreibung gegenwärtiger Initiativen und einen Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen. Wolf schafft es trotz der Kürze des Buches, die einzelnen Themen immer in einen gesellschaftlichen und historischen Kontext einzubetten und – zumindest in Ansätzen – aus emanzipatorischer Perspektive zu bewerten. So weist er auch auf – oft unter der verheißungsvoll-

unkonkreten Selbstbezeichnung „alternativ“ laufende – esoterische, sektenähnliche oder rechte Gruppen hin wie zum Beispiel die Anastasiabewegung.

Die Fülle an genannten Projekten und die Kürze des Buches geraten aber gelegentlich in Widerspruch zueinander. Denn oft werden Projekte oder Initiativen wirklich nur genannt; eine genauere Beschreibung aber bleibt aus, und die Leser*innen sind zwei Zeilen weiter schon beim nächsten Projekt angelangt. Dies betrifft auch die Beurteilungen Wolfs, die manchmal im Allgemeinen bleiben, und beim Lesen etwas irritieren, so zum Beispiel beim Thema Genossenschaften:

> *„Nicht alle Genossenschaften fühlen sich alternativ an. So ist beispielsweise die größte deutsche Lebensmittelhändlerin Edeka eine Genossenschaft und auch der chinesische Weltkonzern Huawei gehört genossenschaftsähnlich seinen chinesischen Mitarbeiter*innen“ (S. 40).*

Es folgt der nächste Absatz mit dem nächsten Thema. Das bewirkt ein stellenweise etwas getrieben wirkendes Leseerlebnis. Einzelne Initiativen oder Konzepte, wie zum Beispiel das Mietshäusersyndikat oder die Commons werden jedoch etwas ausführlicher beschrieben. So entsteht beim Lesen ein vielfältiges Panorama der unterschiedlichen Projekte und Initiativen, die vom Anspruch auf eine alternative Wirtschafts- und Lebensform getragen werden.

Eine Stärke des Buches ist die durchgängige, wenn auch oft zu kurzgefasste Thematisierung des Zusammenhangs von Alternativwirtschaft und Kapitalismus. So wird deutlich, dass die mehr und mehr entstehenden Co-Workingspaces weniger neue Freiheitsräume schaffen als vielmehr Notlösungen für gering beziehungsweise prekär Beschäftigte und Selbstständige sind, die keinen eigenen Arbeitsplatz mehr haben. Ähnlich kritisch betrachtet er Start-ups, die sich perfekt in den Kapitalismus einfügen. Dass diese und andere „Innovationen“ keine Alternativen zu kapitalistischer Wirtschaft sind, sondern einfach neue Produktionsformen, macht er immer wieder deutlich.

Was ist denn nun das „Alternative“?

Erst am Ende seiner Ausführungen kommt Wolf zu einer Einschätzung, wie die in seinem Buch vorgestellten Alternativprojekte zu bewerten sind:

> *„Alle Konzepte, die eine natürliche Wirtschaftsordnung versprechen, sind durch den Naturbezug per se antiemanzipatorisch. Gleiches gilt für Konzepte, die sich nur esoterisch erklären lassen oder auf rechten Ideologien basieren“ (S. 86).*

Dem gegenüber stellt er Positivkriterien alternativer Ökonomien auf, die als Keimzelle einer antikapitalistischen Wirtschaft dienen könnten: rationale Begründbarkeit, klare Zielvorstellungen, Angepasstheit an lokale Bedingungen und „nicht autoritäre Problemlösungsmöglichkeiten“ und zuletzt die Darstellung der Vorteile gegenüber den herrschenden Modellen. Es wäre hilfreich gewesen, diese Frage am Beginn des Buches zu stellen und seine Vorstellung der Projekte stärker daran zu orientieren. Dafür hätten einige Themen weniger, dafür aber vor dem Hintergrund ihres emanzipatorischen Charakters intensiver diskutiert werden können.

Ratgeber oder Einführung?

„Alternative Ökonomie. Wohnen - Arbeit - Konsum“ erscheint wie ein Ratgeber zur ersten Orientierung für Menschen, die nach alternativen Lebensmodellen in Bezug auf Wohnen, Arbeiten oder Konsumieren suchen. Es kann aber auch als eine Einführung in die Thematik gesehen werden, die eine Bandbreite an aktiv umgesetzten Projekten, vor allem im deutschen Raum, vorstellt. Wer einen Einblick bekommen möchte, erhält ihn hier. Auf nur 90 Seiten beschreibt Wolf in Kurzform eine Vielfalt von Projekten, Initiativen, Kooperationen und Ideen, die den Anspruch haben, ein Leben jenseits von Kapitalismus und Ausbeutung zu ermöglichen, aber auch, welche Schwierigkeiten dabei zu erwarten sind.

Trotz der knappen Darstellung macht Merlin Wolf in seinem Ausblick Mut, sich kritisch auseinanderzusetzen und irgendwo zu beginnen. Die Lektüre lohnt sich vor allem für Einsteiger*innen, da sie einen Überblick über die Vielfalt an alternativen Entwürfen gibt und außerdem einen eigenen

Standpunkt dazu einnimmt. Wolf macht immer wieder darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, die eigenen Ideen oder auch die, denen sich Personen anschließen, zu hinterfragen, damit sie nicht ins Fanatische, Esoterische oder Rechte abrutschen.

Merlin Wolf 2019:
Alternative Ökonomie. Wohnen - Arbeit - Konsum.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-145-7.
92 Seiten. 7,80 Euro.

Zitathinweis: Anne Herrmann: Kann das auch anders? Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/JBzcD.

Eine Zukunft mit dem Green New Deal?

Naomi Klein
Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann

Sozialismus oder Barbarei – eine alte Frage, die sich angesichts der Klimakatastrophe mit neuer Dringlichkeit stellt.

Rezensiert von Lutz Achenbach

Naomi Klein beschreibt gleich zu Anfang ihrer jüngsten Essaysammlung, wie am 15. März 2019 ein Schulstreik in Neuseeland von der Polizei aus Sicherheitsgründen aufgelöst wird. Denn zeitgleich zum Klimastreik fand der rechtsradikale Anschlag in Christchurch statt. Der Attentäter bezeichnete sich selbst als Ökofaschist und behauptete, die „andauernde Einwanderung nach Europa“ sei ein „Umweltkrieg“ (S. 57). Christchurch ist für Klein der Vorbote einer kommenden Entwicklung: Die politische Rechte wird ihre Klimaleugnung nicht aufrechterhalten, ihre Anerkennung der Klimakatastrophe aber werde sich faschistisch äußern: „[R]eiche, mehrheitlich von Weißen bewohnte Länder [werden] unter Berufung auf ihre Identität als weiße Christen ihre Grenzen dicht machen und gegen sämtliche ‚Invasoren‘ in den Krieg ziehen“ (S. 59).

Noch ist dies nicht die ideologisch offen vertretene Linie, aber das „Othering“ im Bezug auf den Klimawandel findet bereits statt – insbesondere in Europa und Australien, die ihre Verantwortung für die auch durch den Klimawandel verursachte Migration und die Toten in den sie umgebenden Meeren leugnen und verdrängen. Klein zitiert Edward Said, der mit Othering das Phänomen

der „Missachtung, Substanzialisierung, Entblößung (der Menschlichkeit) einer anderen Kultur, eines anderen Volkes oder einer geographischen Region“ (S. 175) meint. Es sind die Armen aus kolonial ausgebeuteten Ländern, die vom Klimawandel zuerst betroffen sind. Das aktuelle und das kommende Othering schließen somit an historisch tradierte Formen des Rassismus und der globalen Ausbeutungsverhältnisse an.

Klimagerechtigkeit als strategische Notwendigkeit

Aus der Verwobenheit von Rassismus, Kolonialismus oder ganz grundsätzlich der Gerechtigkeit beim Klimaschutz folgt für Klein zwingend, dass eine intersektionale Perspektive der einzige Weg ist:

> *„Wir können nicht sagen: ‚Meine Krise ist drängender als deine‘ – Krieg übertrumpft Klima; Klima übertrumpft Klasse; Klasse übertrumpft Gender; Gender übertrumpft Ethnie. Dieses Spiel mit den Trümpfen, meine Freunde, führt am Ende zu einem wie Trump.“ (S. 218)*

Für Klein gilt es, diese Verschränkungen immer wieder kenntlich zu machen. Fluchtpunkt aller in diesem Band gesammelten Aufsätze aus den vergangenen zehn Jahren ist die Verbindung von Kapitalismus und Klimakatastrophe sowie von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz. Die Verbindung ist aber nicht bloß analytisch, sondern immer auch strategisch gedacht: Umweltschützer_innen allein werden eine notwendige Emissionsreduktion nicht erstreiten können, denn mit dieser Reduktion geht ein grundsätzlicher Wandel unserer Lebens- und Arbeitsweise einher. Und wenn

> *„Umweltschützer explizit oder implizit signalisieren: Unser Anliegen ist so wichtig und dringend, und da es alle und alles betrifft, sollte es auch grundsätzlich Vorrang haben. Was im Klartext heißt: Erst retten wir den Planeten, dann kümmern wir uns um Armut, Polizeigewalt, Diskriminierung und Rassismus[, dann ist dies] der beste Weg zu einer schwachen, begrenzten und homogenen Bewegung.“ (S. 201)*

Die Blockade des öffentlichen Nahverkehrs in London an einem Bahnhof in einem Arbeiterbezirk durch manche Aktivist_innen von Extinction Rebellion

drängt sich hier als aktuelles Beispiel auf. Denn gerade dort sind die Bewohner_innen auf den Nahverkehr angewiesen, um zu ihren schlecht bezahlten Arbeitsplätzen zu kommen. Für Klein gilt es, sie als Bündnispartner_innen zu gewinnen im Kampf für eine gerechtere Welt.

Für den grundsätzlichen Wandel, der zur Reduktion der Emissionen benötigt wird, braucht es eine größere Koalition, die über die Frage der Gerechtigkeit „zusammengeschmiedet" wird. Auch aus einer strategischen Perspektive begründet sie, warum die Gerechtigkeit für sie immer im Zentrum steht:

> *„Nicht etwa, weil das ‚politisch korrekt' wäre, sondern weil Gerechtigkeit hier und jetzt das Einzige ist, was Angehörige von Volksbewegungen jemals motiviert hat, sich mit Leib und Seele in den Kampf zu werfen. […] Es ist der Hunger nach Gerechtigkeit, das dringende, ganz konkrete Bedürfnis nach Gerechtigkeit, aus dem heraus solche Bewegungen entstehen." (S. 226f.)*

Klein versucht seit langem, solche Koalitionen in der „Anglosphäre" (USA, Kanada, Australien und Großbritannien) zu schmieden, beispielsweise in Kanada mit dem Leap Manifesto, welches die Blaupause für die Green New Deals von Alexandria Ocasio-Cortez oder Jeremy Corbyn war. Alle diese Entwürfe sehen Emissionsreduzierung und Beschäftigungsprogramme insbesondere für die Arbeiter_innen der betroffenen Industrien vor. Es sollen gewerkschaftlich organisierte Jobs sein in Bereichen der Energieerzeugung, Verkehr aber auch Care-Work und Renaturisierung von Landstrichen. Klein geht es in dem Buch darum, für solche Koalitionen zu werben und darum, das analytische und strategische Verständnis hinter den programmatischen Vorschlägen klar zu machen.

Probleme des Green New Deal

Die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung ihrer Pläne überlegt Klein im Epilog. Sie argumentiert für den Vorschlag von Ocasio-Cortez, mit der zusammen sie auch das Video „A message from the future" veröffentlicht hat. Sie schlägt vor, „dass die USA das Vorhaben [des Green New Deal, Anm. L. A.] genauso finanzieren sollten wie bislang alle Notstandsmaßnahmen: indem der

Kongress einfach Mittel bewilligt, die vom Kreditgeber in letzter Instanz in Gestalt des Weltwährungsfonds abgesichert würden.“ (S. 320)

Im englischen Text steht hier übrigens „treasury“ – also die amerikanische Notenbank – statt Weltwährungsfonds. Das imperiale Privileg der Weltwährung soll hier nun zum guten Zweck genutzt werden, ohne die imperiale Ordnung dahinter anzugreifen. Dies ist leider keine einmalige Auslassung. Denn obwohl im Buch immer wieder die Verwobenheit von kolonialer Ausbeutung und Klimawandel betont wird, ist der Blick auf diesen Zusammenhang auffällig abwesend in der Beschreibung der konkreten Ausgestaltung des Green New Deal. Woher kommen die Rohstoffe, die für die Solarzellen, leistungsstarke Batterien, et cetera benötigt werden? Unter welchen Bedingungen werden diese produziert? Warum sind diese Rohstoffe überhaupt so günstig? Auf wessen Land werden die Aufforstungsprogramme stattfinden, wo werden die Biokraftstoffe angebaut und wer wird durch Staudammprojekte vertrieben werden?

Die globale Perspektive fehlt in der Beschreibung des Green New Deal bei Klein, wodurch die Gefahr besteht, dass dieser verspricht, alles zu ändern, während er eigentlich den Status quo erhalten wird. Leider diskutiert Klein diese Probleme nicht und vergibt damit die Chance, den Green New Deal als Richtungsforderung und Transformationsprogramm einer sozial-ökologischen Bewegung weiter zu diskutieren, für deren Zusammenkommen sie in ihrem rhetorisch und politisch ansonsten glänzendem Buch so überzeugend argumentiert hat.

Naomi Klein 2019:
Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann. Übersetzt von: Barbara Steckhan / Sonja Schuhmacher / Gabriele Gockel.
Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg.
ISBN: 978-3-455-00693-3.
352 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Lutz Achenbach: Eine Zukunft mit dem Green New Deal? Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/7TBqX.

Streu Glitzer drauf

Deutscher Fachjournalistenverband (Hg.)
Positiver Journalismus

In den sozialen Medien kursieren Hass, Angst, das Negative. Das muss sich ändern. Aber machen bessere News schon eine bessere Welt?

Rezensiert von Tania Napravnik

Im Jahr 2015 publizierte der deutsche Fachjournalisten-Verband den Sammelband „Positiver Journalismus“, der konstruktiv über das globale Geschehen berichten will. „Positiver Journalismus ist ein journalistisches Genre, das beim Rezipienten positive kognitive, affektive und motivationale Wirkungen hervorzurufen beabsichtigt.“ (Fink, S. 9)

Gleich zu Beginn des Buches spiegelt sich die mangelnde Selbstreflexion des Deutschen Fachjournalistenverband über die eigene journalistische Praxis wider: Das Buch ist in ausschließlich männlicher Sprache verfasst. Die einleitende Autorin Christin Fink setzt fort, dass der Positive Journalismus „von den beabsichtigen Wirkungen her zu definieren“ (ebd.) ist und will der Negativitätsdominanz in den Medien entgegensteuern. Die wirkungsorientierte Begriffsauffassung des Positiven Journalismus orientiert sich in erster Linie am Output der produzierten Werke und nicht am Input. Darüber hinaus wird festgehalten, dass eine Abgrenzung zu anderen journalistischen Genres aufgrund von Überschneidungen nicht möglich sei (außer seine Abgrenzung zum negativen Journalismus). Der Positive Journalismus beabsichtigt, die verzerrte Wirklichkeit, produziert durch negative Darstellungen in Mainstreammedien, aufzubrechen. In diesem Sinn sind nicht nur „bad news, good news“, sondern eben auch „good news, good news“, in Form von konstruktiver Berichterstattung. Man solle also

„[o]ptimistische Botschaften verbreiten, die die Menschen inspirieren“ (Seitz 2016, S. 16). Demnach versucht der Positive Journalismus ein komplettes Bild der Welt darzustellen, indem einseitige Abbildungen vermieden und Rezipient_innen somit ausgewogener und umfassender informiert werden. Denn „Nachrichtendefinitionen und -faktoren im Journalismus sind keine feststehenden Gesetzmäßigkeiten. Sie werden im Produktionsprozess der Medien interpretiert und festgelegt.“ (Hafez / Grüne, S. 105)

Zudem wird im Positiven Journalismus mit Ansätzen aus der positiven Psychologie hantiert: Der Mensch soll in seinen Lebensbereichen allgemein gestärkt werden. Kurzum, Positiver und Negativer Journalismus sind zwei Seiten einer Medaille, die sich beide in die journalistischen Grundwerte, Objektivität und Neutralität, einflechten lassen. Dass allerdings hinter jedem produzierten Werk subjektive Positionierungen stehen, wird von den Autor_innen des Sammelbandes ausgeblendet. Und das obwohl öffentliche Diskurse in gesellschaftlichen Aushandlungsfeldern entstehen, die in Herrschaftsverhältnisse eingebettet sind. Journalist_innen deuten beziehungsweise erzählen demnach Geschichten aus ihren Perspektiven, die von der jeweiligen gesellschaftlichen Positionierung abhängig sind. Die deutschsprachigen Mainstreammedien sind zumeist aus männlicher und weißer Perspektive geschrieben, mit dem Auftrag (und in dem Glauben) „objektiv und neutral“ zu berichten: „Journalismus soll informieren, indem er ein möglichst richtiges Bild von nachprüfbaren Tatsachen liefert. Das ist zumindest seine unverzichtbare Kernaufgabe. […] Objektivität und Neutralität können hilfreiche Mittel sein, dieses Ziel zu erreichen.“ (Gehrmann, S. 91)

Systemimmanente Lösungen

Als Ursachen der dominanten Negativberichterstattung nennt Oliver Bidlo „die Selbstzuschreibung der Journalisten, sich als Korrektiv, als Watchdog zu begreifen.“ (Bidlo, S. 37) In diesem Sinn verweisen negative Nachrichten auf etwas unstimmiges, vermitteln ein bestimmtes Wertekoordinationssystem und haben einen Aufforderungscharakter. Die Frage des „Warum berichten wir darüber?“ wird ausgeklammert. Denn Journalist_innen berichten mehrheitlich über das, was nicht in Ordnung zu sein scheint. Die vermittelte „permanente Infragestellung der vorhandenen Ordnung“ (ebd., S. 45) stattet negative Nachrichten mit einem Authentizitätsanspruch aus, der sich aus vergangenen

Erfahrungen und Erkenntnissen speist. Hier lässt sich entgegnen, dass weder der Positive noch der Negative Journalismus wirklich gesellschaftskritisch berichten. Beide Ansätze agieren systemimmanent, indem sie vermeiden, an strukturellen Ungleichheiten zu rütteln, sondern lediglich auf die Probleme und deren scheinbare Lösungen hinweisen.

Der Technologiekritiker Evgeny Morozov nennt diese Ideologie „Solutionism“: Es ist die Idee, dass es für jedes Problem eine einfache technologische Lösung gibt. Morozov geht davon aus, dass dieser Solutionism zusätzlich verschleiert, was für Fragen überhaupt gestellt werden könnten und sollten. Oder vielmehr, dass eben die Fragen selbst schon systemimmanent und daher gar nicht mehr auf Erneuerung oder Verbesserung im sozialen oder politischen, sondern nur noch im kapitalistischen Sinne abzielen, wobei beide journalistische Ansätze dieselbe Art des systemimmanenten, ideologisch aufgeladenen Geschichtenerzählens verfolgen. Nur soll der Positive Journalismus Krisen beheben, ohne dabei den Kontext zu hinterfragen. Er arbeitet zwar nicht, wie der Negative Journalismus, mit fürchterlichen Bildern, die zum Beispiel mit negativ geprägten Einstellungsmustern vieler Mediennutzer_innen gegenüber „Fremden“ korrelieren, sondern versucht, Identifikations-, Empathie und Wertemuster zu aktivieren, um Kosmopolitismus und weltweite Solidarität zu begünstigen. Dennoch bleibt zu hinterfragen, auf welche Werte- beziehungsweise Identifikationsmuster hier eigentlich genau zurückgegriffen wird? Denn die mediale Produktion von normativen Stereotypen, um Bezugspunkte zur Leser_innenschaft herstellen, ist genauso problematisch wie dessen Verbindung von Klischees mit negativen Ereignissen. Auf die Aushandlungsprozesse von gesellschaftlichen Normen und Werte geht man also nicht ein: „Gibt es nämlich ein Stereotyp, das mit spezifischen Eigenschaften gefüllt ist, so hat es auch eine positive Berichterstattung schwer, Aufmerksamkeit zu erhalten und in der Erinnerung der Leser zu bleiben.“ (Thimm / Witsch, S. 203)

Anders berichten?

„Journalisten sehen sich als professionelle Allesversteher. Die Grenzen ihrer eigenen Erkenntnisfähigkeit zu reflektieren, passt nicht ins Berufsbild.“ (Wiedemann 2018, S. 22) Die Autor_innen des Sammelbands debattieren anhand von anschaulichen Beispielen über die Berichterstattung von

bestimmten Medien des westlichen und vorwiegend deutschsprachigen Raumes, ohne jedoch überhaupt „die Medien“ und deren Regulierungen (z.b. männlicher Sprachgebrauch) zu hinterfragen oder neu zu definieren. Das normative Selbstverständnis von Qualitätsjournalismus in Sinne objektiver und neutraler Berichterstattung bleibt im Sammelband unhinterfragt. Es fehlen Fragen wie: Wer bewertet überhaupt, was als negativ oder positiv dargestellt werden soll? In welchen hegemonialen Spannungsfeldern agieren Journalist_innen? Welche Bilder (de-)konstruieren sie? Wie können tradierte Bilder durch Journalismus aufgebrochen werden? Das sind Fragen, die im Mainstreamjournalismus nicht beantwortet werden. An dieser Front kämpfen bislang vor allem aktivistische Journalist_innen in alternativen Medien.

Zusätzlich verwendete Literatur

Seitz, Stefan (2016): Positive Journalism (Positiver Journalismus). In: Deutscher Fachjournalisten-Verband (Hg.): Journalistische Genres. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz/München. S. 65-73. Wiedemann, Charlotte (2018): Vom Versuch nicht weiß zu schreiben. Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt. PapyRossa Verlag, Köln.

Deutscher Fachjournalistenverband (Hg.) 2015:
Positiver Journalismus.
UVK Verlag, Konstanz.
ISBN: 978-3867646468.
224 Seiten. 34,00 Euro.

Zitathinweis: Tania Napravnik: Streu Glitzer drauf. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/FuQA3.

So komplex, so konservativ

Armin Nassehi
Muster
Theorie der digitalen Gesellschaft

Der Soziologe Armin Nassehi will ganz innovativ die Digitalisierung erklären: Der Grundgedanke aber ist nicht neu, seine Schlussfolgerungen bestärken letztlich den Status quo.

Rezensiert von Andreas Hellgermann

Im Sommer 2019 hat Armin Nassehi sein neuestes Buch vorgelegt: „Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft“. Innerhalb kürzester Zeit gab es begeisterte Rezensionen in allen Medien. Armin Nassehi ist Soziologieprofessor in München, Systemtheoretiker und Vertreter der These Luhmanns, dass wir in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft leben. Bekannt geworden ist er durch einen Briefwechsel mit Götz Kubitschek, von dem er sich später vorsichtig distanziert hat. Nassehi ist der Ansicht, eine Linke brauche es nicht mehr und verweist auf die Komplexität der Gesellschaft, die von Linken nicht gesehen werde. Er wird als Politikberater der Grünen und Gesprächspartner von Robert Habeck wahrgenommen und stellt sich auch selbst so dar. Mit alldem ist er ein raffinierter Verteidiger des Status quo. Welche stützende Rolle Digitalisierungsprozesse dabei spielen können, dafür kann das Buch ein Lehrstück sein. Darüber hinaus – kein schlechter Nebeneffekt – führt die Lektüre des Buches unweigerlich zu einem besseren Verständnis von Digitalisierung.

Komplexität statt Kapitalismus?

Nassehi beginnt mit einer Frage: „Für welches Problem ist die Digitalisierung eine Lösung?“ (S. 12) Er verbindet sie mit seiner sich im Verlauf des Textes entfaltenden Grundthese. „Ich werde behaupten, dass die gesellschaftliche Moderne immer schon digital war, dass die Digitaltechnik also letztlich nur die logische Konsequenz einer in ihrer Grundstruktur *digital* gebauten Gesellschaft ist“ (S. 11, Herv. i.O.). Anders formuliert: Zunächst gab es die digitale Gesellschaft und dann folgte die ihr entsprechende technische Digitalisierung. Und das „Bezugsproblem der Digitalisierung“ ist „Komplexität“. Damit ist die Stoßrichtung vorgegeben. Vor allem die Linke, so argumentiert Nassehi, habe keine Antwort auf dieses Problem gefunden. Ihre Kritik als Kapitalismuskritik zu formulieren sei unterkomplex. Dagegen stelle die Digitalisierung eine Möglichkeit dar, mit Komplexität umzugehen.

Nassehi macht deutlich, dass er sich in der Digitalisierung zu Hause fühlt. Was er allerdings nicht kennt oder nicht zur Kenntnis nimmt, sind die Einsichten des Computerspezialisten und -kritikers Joseph Weizenbaum, der in seinem Text „Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft“ bereits in den 1970er Jahren entscheidende Fragen der Digitalisierung vorwegnimmt und einige ihrer grundlegenden gesellschaftspolitischen Probleme aufzeigt. Weizenbaum, im Zentrum der Computerforschung am MIT in Boston, ist Kenner der Anfänge der Künstlichen Intelligenz und einer ihrer ersten Kritiker. Er beantwortet genau jene Frage, die den Ausgangspunkt von Nassehis Buch darstellt. Aber Weizenbaums Antwort ist grundlegend anders.

Dass Nassehi das nicht weiß oder nicht zur Kenntnis nimmt, ist eine Sache. Dass seine Rezensent*innen dies nicht bemerken, muss man ihnen nicht unbedingt vorwerfen, wirft aber ein Licht auf Text und Situation, in der dieses Buch eine bestimmte Funktion erfüllen kann und vielleicht deshalb auf Zustimmung trifft. Wenn Nassehi eines schafft, dann ist es nicht so sehr die Verteidigung einer manchem als unaufhaltsam erscheinenden Digitalisierung. Das wäre banal und zurecht kritisiert er romantisierende Versuche, Digitalisierung „aufzuhalten“. Vielmehr gelingt ihm die Verteidigung der Digitalisierung der Gesellschaft als Verteidigung und Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo.

Konservierung durch Innovation

Für Weizenbaum war schon in den 1970er Jahren klar: „…viele Probleme im Zusammenhang mit Wachstum und zunehmender Komplexität, die in den Nachkriegsjahrzehnten hartnäckig und unwiderstehlich nach einer Lösung drängten, hätten als Anreiz für politische und gesellschaftliche Neuerungen dienen können“ (Weizenbaum 1978, S. 53f.). Stattdessen gab es „technische Erfindungen und Innovationen“. „Ja, der Computer“ so Weizenbaum weiter,

> *„kam ‚gerade noch rechtzeitig‘, um gesellschaftliche und politische Strukturen intakt zu erhalten – sie sogar noch abzuschotten und zu stabilisieren –, die andernfalls entweder radikal erneuert worden oder unter den Forderungen ins Wanken geraten wären, die man unweigerlich an sie gestellt hätte. Der Computer wurde also eingesetzt, um die gesellschaftlichen und politischen Institutionen Amerikas zu konservieren. […] Die Erfindung des Computers stellte einen Teil einer scheinbar stabilen Welt infrage, was bei fast jeder schöpferischen Handlung des Menschen der Fall ist. […] Aber von den vielen Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Innovation, die er dem Menschen eröffnete, war die verhängnisvollste die, ihm alle Überlegungen in Richtung auf eine wesentliche Veränderung aus dem Kopf zu schlagen“ (ebd., S. 54).*

Das ist eine starke These und sie steht – mehr als 50 Jahre früher formuliert – in einem diametralen Gegensatz zur These Nassehis. Auf diesem Hintergrund lässt sich zumindest die Lektürefrage stellen, mit der Nassehis Buch zu lesen wäre: Für welches Problem ist denn seine Theorie eine Lösung? Der penetrant wiederholte Verweis auf Komplexität ist hier auffällig. Welche Funktion hat er?

Von der analogen Gesellschaft in die digitale Welt

Nassehis Theorie in Kurzform: Die technische Digitalisierung träfe auf eine Gesellschaft, die schon längst digital geworden sei. Diese Digitalisierung beginne im 19. Jahrhundert mit einer digitalen Betrachtungsweise der Gesellschaft durch Sozial- und Gesundheitsstatistiken und vielerlei mehr. Zugleich sei die Gesellschaft komplex geworden und die digitale Form sei die ihr entsprechende. Aus dieser Perspektive ist es naheliegend, dass eine solche

Gesellschaft eine hinterherhinkende technologische Entwicklung – Computer und Softwareprogramme – aufgreift und so ihre Form findet. Diese Form muss bezüglich ihrer Grundlogik einfach sein. Die 0 und die 1 – das binäre System – sind die derzeit einfachste Möglichkeit für solch eine Form. Die digitale Form enthalte nun die Möglichkeit, durch eine Vielzahl von Rekombinationen der gegebenen Komplexität gerecht zu werden. Hier geschieht das, was Nassehi eine „Verdopplung" nennt: Die analoge Gesellschaft finde ihre Verdopplung in der digitalen Welt. All dem ist die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft – einmal mehr: Luhmann – unterlegt. Systemtheoretisch gesprochen: In der Ökonomie gehe es einzig und allein um „zahlen – nicht-zahlen", in der Wissenschaft um „wahr – nicht-wahr" und so weiter.

Die Systemtheorie Luhmanns, sie wird in Nassehis Buch zum Autoritätsargument. Die Leser*innen müssen schlicht glauben, was Nassehi als ausgewiesener Systemtheorie-Experte voraussetzt. Und auch die Grundfigur der Verdopplung – wir finden alles, was es in der analogen Welt gibt auch in der digitalen wieder – ist vielleicht nur auf den ersten Blick plausibel. Eine entscheidende Frage, wie denn die Ereignisse, Erfahrungen und geschichtlich-gesellschaftlichen Widersprüche aus der analogen Welt zu Daten der digitalen werden, bleibt völlig offen.

Worauf läuft all das hinaus? Am Ende des Buches gibt es einen entlarvenden Satz: „Wenn man es genau nimmt, hat sich alles geändert, und es bleibt alles beim Alten." (S. 324) Der Autor scheint fast erstaunt zu sein über das Ergebnis seiner Arbeit, vor allem, weil er doch verspricht, dass auf dem von ihm vorgeschlagenen Weg die (Komplexitäts-)Probleme der Gesellschaft gelöst werden könnten. Eine Linke brauche es ja nicht mehr. Vielleicht kann oder will er nicht verstehen, dass die „Bordmittel der Gesellschaft" (eine Formulierung von ihm in einem *taz*-Interview) nicht ausreichen, um die Probleme zu lösen, aus dem simpel logischen Grund, weil sie dann ja nichts anderes als die Ableitungen des Gegebenen sind und „doch alles beim Alten" bliebe. In einer solchen Gesellschaft wird die Klimakatastrophe durch Resilienz verwaltet, eine nicht mehr gebrauchte Linke unter Extremismusverdacht gestellt und ein Strudel sich überschlagender digitaler Revolutionierungen erzeugt kontinuierlich neues Material zur Kapitalverwertung.

Zusätzlich verwendete Literatur

Joseph Weizenbaum 1978: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft. Suhrkamp, Berlin.

Armin Nassehi 2019:
Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft.
C.H. Beck, München.
ISBN: 978-3-406-74024-4.
352 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: Andreas Hellgermann: So komplex, so konservativ. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/ETrsZ.

Umwälzung statt Umverteilung

Anthony B. Atkinson
Ungleichheit
Was wir dagegen tun können

Der Reichtum der Welt ist ungleich verteilt. Was sollten die Benachteiligten verlangen - ein Stück vom Kuchen oder gleich die ganze Bäckerei?

Rezensiert von Cornelia Stahl

Anthony B. Atkinson (1944 - 2017) war Professor für Wirtschaft an den Universitäten Essex, Cambridge, London und Spezialist für Fragen der Einkommensverteilung. Im vorliegenden Buch „Ungleichheit. Was wir dagegen tun können“ konzentriert er sich auf die Untersuchung wirtschaftlicher Ungleichheit in den USA und Großbritannien. Dazu nimmt er Aspekte der Globalisierung und des technologischen Wandels in den Fokus – ebenso wie das Wachstum der Finanzdienstleistungen und den Bedeutungsverlust der Gewerkschaften. Eigentumsfragen hingegen, wie das Eigentum an Produktionsmitteln, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Immobilien, bleiben unberührt.

Im Kontext der Globalisierung definiert Atkinson Konkurrenz als ein Wettrennen, in dem

> *„fortgeschrittene Volkswirtschaften der wachsenden Konkurrenz von Ländern ausgesetzt sind, in denen die Löhne geringqualifizierter Arbeitskräfte niedriger sind als die von Facharbeiter*innen. Wirtschaftszweige, die auf geringqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind, haben zunehmend Schwierigkeiten, konkurrenzfähig zu bleiben.“ (S. 111f.)*

Atkinson beschreibt hier den sogenannten Lohnvorteil, den Mehrverdienst qualifizierter Arbeiter*innen gegenüber gering qualifizierten Arbeitskräften, der eine vollkommene Konkurrenz dieser beiden „Marktteilnehmer“ (S. 112) nach sich zieht. Lohnvorteil beschreibt den höheren Verdienst eines Arbeitenden bei entsprechend höherer Qualifikation. Wenig überraschend: Diese Logik kann sich in der Arbeitswelt natürlich nicht konsequent durchsetzen. Viel gravierender ist es jedoch, dass Atkinson diese Logik auch ideologisch unangetastet lässt und nicht als kapitalistischen Leistungszwang denunziert. Konkurrenz ist kein Naturgesetz, dem jede Person per se ausgeliefert ist. Das zeigt zum Beispiel der Österreicher Christian Felber in seinem Buch „Solidarische Ökonomie“. Anhand praktischer Beispiele macht er plausibel, dass Unternehmensgewinne gleichberechtigt auf alle Angestellten umverteilt werden können. Das setzt eine Philosophie voraus, die Gleichheit innerhalb der Belegschaft fokussiert und in Unternehmenszielen verankert.

Was tun?

Atkinsons Argumentationen geben durchaus Anlass zu Kontroversen. Dennoch bietet sein Buch eine fundierte Diagnose globaler, ökonomischer Ungleichheit. Von diesem Befund ausgehend schlägt er im weiteren Verlauf des Buches Handlungsoptionen vor und diskutiert deren Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit. Auch an dieser Stelle bezieht Atkinson die Rolle der Globalisierung bei der Erarbeitung von Lösungen mit ein. Ein wichtiger Hebel stellt seiner Meinung nach das Umdenken in der Lohnpolitik dar. Beispielsweise müsse ein sogenannter Existenzlohn eingeführt werden, der deutlich höher als der Mindestlohn bemessen ist. Beim Erreichen der Volljährigkeit solle man auf diesen Anspruch haben. Eine weitere Idee ist die Verwendung von einem Prozent des Bruttoinlandprodukts für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit.

Die von Atkinson skizzierten Vorschläge bieten jede Menge Potential, um über die Reduzierung weltweiter Ungleichheit zu diskutieren und neue Lösungsansätze zu entwickeln. Er setzt seine Hoffnung in Sachen Verteilungspolitik jedoch überwiegend auf das regulierende Eingreifen von Staaten und Regierungen. Gegenstrategien wie Mitbestimmungsrechte für Betroffene und Möglichkeiten der Selbstorganisation bleiben bei ihm außen vor. Positive Beispiele existieren längst. Um nur ein kleines zu nennen: Als die US-amerikanische Stadt Detroit 2013 Insolvenz anmeldete, gründeten Freiwillige die sogenannte *Cityfarm Detroit* mit dem Ziel der Selbstversorgung mit frischem Gemüse im urbanen Raum. Gleich mehrere positive Faktoren greifen hier ineinander: Der Anbau von Gemüse vor Ort erspart kilometerlange Transportwege aus anderen Regionen oder Ländern, so wird Emission reduziert und es werden Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Dies ist bei weitem kein revolutionärer Ansatz, doch auch in so einer reformistischen Strategie können interessante Ideen stecken. Innerhalb des Prozesses der Selbstorganisation wird solidarisches und kollektives Handeln gefördert und somit ein Gegenmodell zum Konkurrenzverhalten angeboten.

„Ungleichheit“ ist eigentlich ein Fachbuch für Studierende wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge, es besticht durch detaillierte Analysen sozialer Ungleichheit. Ein knapp gehaltenes Glossar volkswirtschaftlicher Begriffe ergänzt die Texte idealerweise. Aber Atkinsons Argumentation greift am Ende zu kurz: Staaten und Regierungen allein werden nicht in der Lage sein, das weltweite Problem der Ungleichheit zu lösen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Felber, Christian 2018: Solidarische Ökonomie. Piper, München.

Anthony B. Atkinson 2016:
Ungleichheit. Was wir dagegen tun können.
Klett & Cotta, Stuttgart.
ISBN: 978-3-608-94905-6.
474 Seiten. 26,95 Euro.

Zitathinweis: Cornelia Stahl: Umwälzung statt Umverteilung. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/NxJsM.

Disziplin, Kreativität, Solidarität

Solidaritätskampagne #FreeMaxZirngast (Hg.)
Die Türkei am Scheideweg
und weitere Schriften von Max Zirngast

Der Sammelband vereint Artikel und Gefängnisbriefe des Journalisten Max Zirngast.

Rezensiert von Johanna Tirnthal

Ein Mensch im Gefängnis – ein Körper hinter Mauern, dessen Möglichkeiten, sich zu seiner Umwelt und zu seinen Mitmenschen zu verhalten, auf einmal radikal eingeschränkt sind. In verschiedensten Gesellschaftsformen stecken Menschen andere Menschen ins Gefängnis, um ihre Handlungen „draußen“ zu unterbinden – und in der Zeit „drinnen“ ihren Geist zu verändern. Das Gefängnis als eine Art Urszene des kritischen Engagements und der Opposition ist in Europa heute allerdings oftmals in räumliche, historische oder literarische Ferne gerückt: Ich würde doch nicht im Gefängnis landen! Das Buch „Die Türkei am Scheideweg“ holt diese Szene wieder ein wenig näher heran.

Max Zirngast ist im Gefängnis gelandet – 2018 in der Türkei, für über drei Monate. Er ist ein junger österreichischer Journalist, Politikwissenschaftler und Aktivist und hatte seit 2015 in Ankara gelebt. Für verschiedene Medien, allem voran für *Jacobin* und das *re:volt magazine*, schrieb er über die Entwicklungen dort und anderswo. Inhaftiert wurde er – wie so viele andere – mit dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“. In Wahrheit ging es – wie bei so vielen anderen – darum, oppositionelles

Engagement zu unterbinden. Im Herbst 2019 wurden Max Zirngast und die mit ihm angeklagten Hatice Göz und Mithatcan Türetken freigesprochen. Fast zeitgleich gab die #FreeMaxZirngast-Solidaritätskampagne ein Buch mit seinen Texten heraus.

Mit heißer Feder geschrieben

Das Buch weiß vom Freispruch noch nichts und nimmt so eine Perspektive inmitten der dramatischen Ereignisse ein. Auf über 400 Seiten lernen wir hier einerseits Max Zirngasts journalistische und politikwissenschaftliche Texte und andererseits ihn als Person recht gut kennen. Das Buch unterteilt sich grob in drei Teile: Erstens eine sehr persönliche Einleitung, in der Max Zirngast selbst und viele Freund*innen und Wegbegleiter*innen zu Wort kommen. Die Texte beschreiben den „Fall Max Zirngast“, aber auch die Person, den Freund, den Studenten und Aktivisten, den seine Schreibkollegen liebevoll „Aslan Max'ımız – Unser Löwe Max“ nennen. Der zweite Abschnitt des Buchs, der den größten Teil ausmacht, besteht aus den journalistischen und politikwissenschaftlichen Analysen, die Zirngast zumeist mit seinen Schreibkollegen Güney Işıkara und Alp Kayserilioğlu im Kollektiv verfasst hat. Es geht darin um die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in der Türkei, aber auch in anderen Ländern. Der dritte Abschnitt schließlich nähert sich der Gefängniserfahrung an. Einige Texte beschreiben den Kontext aus Sicht der internationalen Solidaritätskampagne: Die Verhaftung, die Vorwürfe, den Ablauf von Polizeigewahrsam, Untersuchungshaft, Freilassung und Prozess. Das späte Herzstück des Buches sind Max Zirngasts Gefängnisbriefe.

Mit dem Wissen, dass der Autor der vielen Artikel über die politischen Entwicklungen in der Türkei, über die zunehmende Repression und den Aufbau eines diktatorischen Systems in den letzten Jahren, schlussendlich selbst von diesem System ins Gefängnis gesteckt werden wird, liest man die Artikel anders: berührter. Die Tragweite des brutalen Umbaus, den die AKP an der türkischen Gesellschaft vornimmt, ist greifbarer, weil die einleitenden Texte empfindlich für dessen ganz konkreten Folgen machen. Schon im Oktober 2015, kurz nach Zirngasts Ankunft in Ankara, kreuzen sich die politischen Ereignisse mit der Person, mit dem Körper: Gemeinsam mit seinem Freund Alp Kayserilioğlu, der zu Besuch ist, möchte Max Zirngast an einer Demonstration für Frieden, Arbeit und Demokratie in Ankara teilnehmen. Nur

weil sie ein paar Minuten zu spät dran sind, entgehen sie den Bomben zweier Selbstmordattentäter, die sich 150 Meter vor ihnen in die Luft sprengen und 102 Menschen töten. 500 weitere Menschen werden verletzt. In diesem Bewusstsein lesen sich die folgenden politischen Analysen brisant und mit heißer Feder geschrieben, inmitten des Geschehens. Trotzdem sind die Texte nüchtern. Sie sind extrem gut recherchiert, mit vielen Verweisen versehen und stehen auf einem breiten Zahlenfundament. Die Fähigkeit der Autoren, verschiedenste Statistiken zugänglich zu erklären und interessante Schlüsse aus den Zahlen zu ziehen, ist beeindruckend und zieht sich durch das ganze Buch. Die Texte über die Türkei sind chronologisch abgedruckt und erlauben, den Aufstieg der AKP, den neoliberalen Umbau der türkischen Wirtschaft, den Krieg gegen die Kurd*innen und schließlich den diktatorischen Umbau der letzten Jahre detailreich nachzuvollziehen. Im Rückblick sollten Zirngast, Işıkara und Kayserilioğlu mit vielen ihrer Analysen Recht behalten: „Was auch immer geschieht, das Jahr 2016 wird entscheidend sein für die Zukunft der Türkei, Kurdistans und ihrer Völker.“ (S. 108) So schließt der titelgebende Text „Die Türkei am Scheideweg“, verfasst im Frühjahr 2016. Schon im Sommer 2016 scheiterte ein versuchter Militärputsch und die Verfolgung politischer Gegner Erdoğans verschärfte sich drastisch. Auch den Krieg in Rojava scheinen die Autoren vorherzusehen, wenn sie schreiben, dass ein deutlicher Sieg der AKP im Konflikt mit der kurdischen PKK sogar die Revolution in Rojava in Gefahr bringen würde (S. 107). Insgesamt diagnostizieren die Autoren dem AKP-Regime eine Hegemoniekrise und deuten den gewaltvollen Umbau der Gesellschaft als verzweifelten Versuch des Machterhalts. Die Potenziale des Widerstands und der oppositionellen Arbeit sind für sie trotz der allgegenwärtigen Repression nicht zu unterschätzen.

Auch die Texte zur internationalen Politik sind kenntnisreich, etwa die Analyse der US-Präsidentschaftswahlen 2016. Während beim Versuch zu erklären, warum Trump Präsident wurde, in vielen linken Medien Streit darum entbrannte, ob die Linke die Arbeiter*innen vergessen und zu stark auf Identitätspolitiken gesetzt habe und ob zu viel political correctness an den US-Universtäten den „weißen Mann“ zu sehr auf die Palme gebracht hätte, analysieren Zirngast und Kayserilioğlu, wie schon in den Texten zur Türkei, nüchtern die Zahlen – Exit-Polls und wirtschaftliche Entwicklungen der vergangenen Jahre. Sie kommen zu dem Schluss, dass nicht der ungebildete, arme, weiße Arbeiter Trump zum Sieg verholfen habe, sondern vielmehr das

Kleinbürgertum und die enttäuscht zuhause gebliebenen Demokrat*innen, die Hillary Clinton nicht unterstützen konnten. Dies könne man aber nicht mit einem Versagen „der Linken“ gleichsetzen. An manchen Stellen dieser Analysen schreiben sich die Autoren sehr in Rage, was beim Lesen stolpern oder schmunzeln lässt, weil die umgangssprachlichen Ausbrüche im nüchternen Analysetext unerwartet kommen: „Trump ist, wie wir meinen aufgezeigt zu haben, ein faschistischer, rassistischer, sexistischer Lump“ (S. 296). Die Wortwahl mag in Teilen auch an den vielen Übersetzungen liegen – so wurde etwa der Trump-Text wie viele andere, auf Türkisch verfasst (die Sprache lernte Max Zirngast als Autodidakt) und dann wieder ins Deutsche zurück übertragen. Diese kleinen Formulierungsunfälle, die immer wieder auftauchen, tun aber der inhaltlichen Qualität der Analysen keinen Abbruch.

Mit Bleistift geschrieben

Wenn im dritten Teil des Buchs auf die politischen Analysen Briefe aus dem Gefängnis folgen, verändert wiederum das Wissen über die zuvor gelesenen journalistischen Texte das Verstehen der Gedanken, die Max Zirngast mit Bleistift in seiner Zelle schreibt. Er ist ein genauer und empfindsamer Beobachter der Gesellschaft und auch des Gefängnisses, das er als eine andere Art von Umständen begreift, die man – wie auch draußen – nicht selbst bestimmt und die man zu nutzen wissen muss. In fünf ausführlichen Briefen analysiert er die spezifische Situation in Haft und wie man versuchen kann, mit ihr zurechtzukommen, sie sogar zu seinem Vorteil zu nutzen. Er befindet sich dabei in einer Tradition kritischen praktischen Umgangs mit dem Gefängnis, die in Europa heute verloren gegangen ist. Das Verständnis der Gefängnisarchitektur und ihrer Effekte ist dabei genauso wichtig wie die Analyse des Zeitregimes in Haft: „Wenn du die Zeit nicht nutzt, nutzt sie dich!“ (S. 391). Max und sein Freund und Zellenkollege Mithatcan Türetken lesen viel, machen viel Sport und setzen dem Disziplinarregime Gefängnis noch mehr Disziplin entgegen. Dabei bleiben die Texte empfindsam und zuweilen poetisch, zum Beispiel, wenn es in „Und immer die Vögel“ um die Geräuschkulisse der Haft geht. Gegen Isolation, Ungewissheit und Willkür, die den Inhaftierten zusetzen, empfiehlt Max Zirngast Disziplin, Kreativität und Solidarität. Das Buch lässt sich als Ergebnis aller drei verstehen und schließt mit einem Zitat aus einem Gefängnisbrief von Rosa Luxemburg: „So ist das Leben, und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz

alledem.“ (S. 419). Das Buch lässt berührt zurück von einer sehr persönlichen Geschichte, die in jedem Schritt neue Facetten des Politischen erhellt und dabei exemplarisch für viele andere steht.

Solidaritätskampagne #FreeMaxZirngast (Hg.) 2019:
Die Türkei am Scheideweg. und weitere Schriften von Max Zirngast.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-96042-060-6.
432 Seiten. 12,50 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Disziplin, Kreativität, Solidarität. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/X56bu.

Grabstein für die Antideutschen?

Gerhard Hanloser
Die andere Querfront
Skizzen des antideutschen Betrugs

Ein Rückblick auf die antideutsche Szene und ob man sie ein für alle mal hinter sich lassen kann.

Rezensiert von Markus Mohr

Nun gibt es schon wieder ein Buch zu den Antideutschen und kein geringerer als der in einem ihm namentlich gewidmeten Wikipedia-Eintrag fälschlicherweise als „Historiker“ vorgestellte Soziologe Gerhard Hanloser hat es geschrieben. Das wurde auch Zeit, denn seine letzte diesbezügliche Publikation unter dem eigentümlich schwerfälligen Titel: „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik“ liegt nun schon 15 Jahre zurück. Allemal Zeit nach den schlimmen rot-grünen Kriegsjahren und dem absehbaren Ende des Merkel’schen Biedermeier eine erneute Bilanz dieser Strömung in der politischen Szenerie dieses Landes zu ziehen. Der Titel ist nun nicht mehr verspielt, sondern deutlich prägnanter: „Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs“.

Linke Betrugsgeschichten

In der Einleitung erläutert der Verfasser seine beiden Zentralbegriffe: Querfront und Betrug. Es ist natürlich so, dass dort wo Betrug konstatiert

wird, „der Entzug des Vertrauens geboten“ ist. (S. 7) Die besagte „andere Querfront“ beschreibt Hanloser als „eine Spielart der Extremismustheorie“, mit welcher der „Antitotalitarismus nach dem Kalten Krieg“ in prekär-neoliberalisierten Verhältnissen wiederbelebt werde, die kühl kalkuliert „machtrealistischen Dispositiven“ folgt. (S. 9f.) Eben diese Querfront bestehe „aus Linkenhassern und im Zweifelsfall antisozialistischen Extremismusforschern, schuldbeladenen Maoisten und ewigen Antikommunistinnen, NATO-Apologetinnen, Atlantizisten und Amerikafreundinnen ohne Kenntnis des anderen Amerika“. Ein wichtiger Bestandteil sei auch, so hebt der Verfasser hervor, „die Glaubensgemeinschaft der vermeintlich Guten, die dadurch nicht antisemitisch sein will, indem sie den Antisemitismus begriffs- und schamlos anderen anhängt.“ Eben dieser antideutsch profilierten „anderen Querfront“ gehe es nach Hanloser zentral darum „eine an Kapitalismus- und Imperialismuskritik geschulte linke Kritik dieser Verhältnisse [zu] dämonisieren und [zu] delegitimieren.“ (S. 10)

Auf der Grundlage eines kaum glaublichen Lektürepensums entwirft der Verfasser in 28 zum Teil kurzweilig geschriebenen Kapiteln eine kritische Generationsbilanz von etwa 30 Jahren antideutscher Geschichte, Theorie, Praxis und Lebenswelt. Abwechslungsreich werden dabei die unterschiedlichsten Facetten des komplexen Phänomens beleuchtet. So gibt es Kapitel zur esoterisch anmutenden Verballhornung marxistischer Theorie durch einen Aufsatz von Moishe Postone Ende der 1970er Jahre, in der Auschwitz – in der Tradition des ziemlich deutschen Ableitungsmarxismus aus den 1970er Jahren – allen Ernstes als eine Art Fabrik zur Vernichtung des „Wertes“ aus einer ominösen Trennung zwischen „Abstraktheit und Konkretheit“, – tja, man gruselt sich hier etwas vor der Verwendung dieses Begriffs: abgeleitet wird. Richtig ist hier die Feststellung von Hanloser, dass die dem Text von Postone zugrunde liegende Idee, „wonach aus der Warenstruktur des Kapitalismus sich der Antisemitismus erhebe und dieser irgendwie über ein Aufspaltung in ‚konkret‘ und ‚abstrakt‘ in Auschwitz kulminierte, […] aufgrund der ahistorischen und empirischen Beweisführung nicht überzeugen“ kann. (S. 115 - 124) Es finden sich aber auch spannende Beschreibungen von Musik und ihrer Rezeption durch vormalige Exponent*innen der maoistischen K-Gruppenszene, die „die aus dem Punk geborene Subversionsgeste ‚Deutschland muss sterben, damit wir leben können!‘ ins Identitäre [überführten]: Sag mir wo du stehst!“ Hanloser zeigt

hier, dass die eigentümliche „Entdeckung der Feindposition“ gegen das, was durch die Frühantideutschen unter „Deutschland“ verstanden wurde, „nichts Spielerisch-Subversives“ (S. 28) mehr beinhaltete.

Egomanie und Staatsfetisch

In dem Buch finden sich im Geist historisch-politischer Aktualität verfasste und lebensweltlich orientierte Beschreibungen, Miniaturen und Nachrufe auf wichtige Protagonisten der Antideutschen, angefangen bei Wolfgang Pohrt, Eike Geisel, Justus Wertmüller, Jürgen Elsässer bis hin zu Joachim Bruhn. Wer genau wissen möchte, welche Wahrheit der zum neofaschistischen Demagogen gemauserte Gründer der Wochenzeitung *Jungle World* Jürgen Elsässer heute über die antideutsche Strömung der 1990er Jahren verrät, der muss zu diesem Buch greifen. Dabei merkt man insbesondere den längeren Passagen zu der Initiative Sozialistisches Forum und hier vor allem zu Joachim Bruhn deutlich an, dass der Verfasser selbst aus Freiburg kommt – dem „Wohnort-Trauma“, wie Robert Kurz aus der Lebkuchenstadt Nürnberg einmal bissig vermerkte. Leicht augenzwinkernd verweist der Verfasser in seinem Buch einmal darauf: „Man kennt oder kannte sich.“ (S. 55) Wohl wahr – und so etwas kann das Urteil zuweilen etwas freundlicher färben, als es in dieser Personalie geboten ist. Der vom Verfasser immer wieder mit durchaus sympathisierendem Unterton gezeichnete „einsame Intellektuelle“ Joachim Bruhn (S. 109) kann allerdings auch als die exemplarische Personifikation eines Staatsschutzlinken gelten, der gegen ihm missliebig erscheinende andere Linke auch mal „Polizei! Polizei!“ rief – möglicherweise auch deshalb, um gerade nicht mehr „einsam“ zu sein.

Wenn man von ein paar ärgerlichen Flüchtigkeitsfehlern absieht argumentiert Hanloser stets differenziert wie kenntnisreich durch die komplexe Materie. Es zeichnet seine immer wieder pointiert vorgetragenen Urteile über das antideutsche Phänomen aus, dass sie gerade nicht von einem akademischen Glückritter verfasst worden sind, der mit dem, was er überhaupt denken und schreiben darf, immer auch ein bisschen auf die nächste befristete Projektstelle schielen muss. Die Lektüre dieses Buches gibt Aufschluss zu dem sympathischen Wunsch, dass es endlich an der Zeit sei, hinter den Antideutschen die Tür zu zumachen. Dadurch, dass die Darstellung die vielfältigen theoretischen, parastaatlichen wie lebensweltlich formatierten

Quellen des Phänomens offenlegt, wird implizit gezeigt, dass hier nur der Wunsch Vater des Gedankens sein kann. Insofern muss die Frage, ob es sich bei diesem Buch um eine Art Grabstein für die Antideutschen handelt, nach der Lektüre und trotz des in der Grundfarbe grau gehaltenen Buchcovers klar verneint werden, – was wiederum für seine Qualität spricht.

„Die andere Querfront“ zeichnet unter den nach 1989 drückenden Bedingungen der Hegemonie des Neoliberalismus und des Neonationalismus einen wichtigen Aspekt des Zerstörungsprozesses eines Teils der außerinstitutionellen Linken der BRD nach. Wie sich eben dieser Transformationsprozess durch die von intellektuellen Protagonist*innen der Antideutschen immer wieder in Anschlag gebrachten, irregulär wie irrational codierten Argumentationsarsenale genau vollzieht, kann in dem Buch en detail betrachtet werden.

Eine linke Erzählung Deutschlands

Das hätte man sich um die Jahreswende 1989/90 auch nicht träumen lassen, dass die nach dem Verschwinden der DDR aus einem berechtigen Unwillen über die größer und mächtiger werdende Bundesrepublik entstandene Nie-wieder-Deutschland-Gegenbewegung, die Hanloser im vorderen Teil seines Buches mit einiger Sympathie skizziert, sich auf eine derart grauenhafte Weise transformieren würde. Die Abhandlung macht klar, wie sehr die Linke heute durch die Existenz des antideutschen Phänomens mit einer ethischen Bewegung konfrontiert ist, die nunmehr ein klar religiös aufgeladenes Gut-Böse-Schema verfolgt. Und vor diesem Hintergrund wird jede politische Dissidenz und Resistenz gegenüber der global gewordenen Barbarei des Kapitalismus auch mit manipulativ konfigurierten Begriffen wie dem eines „barbarischen Antikapitalismus“ dämonisiert und exorziert.

Bei dem Buch von Hanloser handelt es sich um eine außerordentlich beeindruckende *Intellectual History* über die vielfältig verästelte Geschichte der nach 68er-Linken. Und mehr noch: Es ist ein anregender Beitrag zu einer Geistesgeschichte in diesem Land, wie das Personenverzeichnis mit über 350 Einträgen implizit ausweist. Sollte es womöglich noch eine Zukunft für eine autonome Linke in diesem Land geben, so darf sie sich über die vielen instruktiven Stichworte, die ihr Hanloser in grandioser Weise durch sein Buch

hindurch zuruft, glücklich schätzen. Denn sie können ihr dabei helfen, eine klare, gut begründete Distanz zu dem für jede Idee von Glück und Befreiung bedrohlich irrlichternden antideutschen Theorie- und Praxissystem einzunehmen.

Gerhard Hanloser 2019:
Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-273-7.
344 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Markus Mohr: Grabstein für die Antideutschen? Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/AtUEs.

84 Kilometer vor Bełżec

Franziska Bruder
Das eigene Schicksal selbst bestimmen
Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt«

Während der Transporte in NS-Vernichtungslager sprangen viele Jüd_innen aus den fahrenden Zügen. Ihre Geschichten werden hier erzählt.

Rezensiert von Kai Stoltmann

In der kleinen Gemeinde Bełżec an der heutigen Grenze Polens zur Ukraine befand sich von März bis Dezember 1942 ein nationalsozialistisches Vernichtungslager, in dem über 400.000 Jüd_innen ermordet wurden. Auch Erna Klinger, eine jüdische Kommunistin, wurde aus Drohobycz nach Bełżec deportiert. Um der Ermordung im Vernichtungslager zu entgehen, entschließt sie sich etwa 84 Kilometer vor dem Ziel zur Flucht aus dem fahrenden Zug: „Ich war gut in Gymnastik. Ich beschloss aus dem Wagon zu springen. Ich drehte meinen Mantel auf die andere Seite, um für den Fall, dass es mir gelingen sollte, sauber auszusehen. Mitten in der Nacht sprang ich bei Lemberg.“ (S. 75) Die Nacht über versteckte sie sich in einem Sumpf, bevor sie am nächsten Morgen ihren Mantel wendete und nach Drohobycz zurückkehrte.

Springen als Form des Widerstands

Der Bericht von Erna Klinger steht exemplarisch für zahllose jüdische Menschen, die durch einen Sprung aus den Deportationszügen der Nationalsozialisten fliehen wollten. Für ihr Sachbuch „Das eigene Schicksal selbst bestimmen. Fluchten aus Deportationszügen der ‚Aktion Reinhardt‘ in Polen“ hat Franziska Bruder 135 Zeugnisse dieser Springer_innen

ausgewertet. Erschienen ist es in der Reihe antifaschistischer Texte des Unrast Verlags, in der die Historikerin bereits über den Aufstand der Gefangenen im NS-Vernichtungslager Sobibór oder über den kommunistischen Schriftsteller Stanislaw Wygodzki geschrieben hat, der das KZ Auschwitz überlebte.

Bruder begreift die Ausbrüche aus den Zügen als eine von zahlreichen Formen des jüdischen Widerstands gegen die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Derlei Fluchten waren Teil der jüdischen Selbstbehauptung: Die Springer_innen unterstützen sich gegenseitig, Jüd_innen suchten entlang der Gleise nach Verletzten, und Partisan_innen nahmen die Überlebenden nach der Flucht in ihren Gruppen auf. Die historische Abhandlung würdigt auch jene Formen des unbewaffneten Widerstands, die in der Öffentlichkeit lange nur wenig berücksichtigt wurden. Bruder betont:

> *„Angesichts der unfassbaren Zahl von 1,5 Millionen ermordeten Juden im Rahmen der ‚Aktion Reinhardt' ist jede Geschichte, die noch erzählt werden kann, jeder Name von Springerinnen und Springern, der sich dem Vergessen entreißen lässt, der Erwähnung und Betrachtung wert." (S. 20)*

Die individuellen Schicksale der Springer_innen bilden den Kern des Buches. Hierfür hat Franziska Bruder die Berichte von Überlebenden und Zeitzeug_innen aus dem Jüdischen Historischen Institut, Dokumente der Ermittlungsverfahren gegen NS-Täter sowie autobiografische Texte aus dem Archiv von Yad Vashem in Jerusalem akribisch ausgewertet. Der Umfang der dazugehörigen Darstellungen variiert aufgrund der verschiedenen Quellenlage deutlich. Teilweise umfassen die überlieferten Informationen nur wenige Zeilen, es finden sich jedoch auch Schicksale, zu denen Porträtaufnahmen sowie detaillierte Kenntnisse des Lebens vor und nach dem Sprung vorliegen. Eingerahmt werden die einzelnen Darstellungen von einer Analyse der sozialen Bedingungen für die Flucht und einer Abhandlung, die sich mit den Überlebensstrategien nach dem Sprung befasst.

Vorbereitung auf die Flucht

Zentral für die Möglichkeit zur Flucht war die Kenntnis der jüdischen Bevölkerung über die Existenz der Vernichtungslager, die erheblich durch eine

gezielte Desinformation seitens des NS-Regimes erschwert wurde. Jüdische Zwangsarbeiter_innen, die entlang der Zugstrecken eingesetzt wurden, versuchten, die Deportierten auf ihre lebensbedrohliche Situation hinzuweisen. Und aus fast jedem Zug wurden Karten und Briefe geworfen, um die in den Ghettos verbliebene Bevölkerung vor den vermeintlichen „Arbeitslagern“ zu warnen. So dauerte es nur wenige Wochen, bis die jüdische Bevölkerung an Abfahrtsbahnhöfen und entlang der wichtigen Streckenabschnitte über den Zweck der Lager in Bełżec, Sobibór, Treblinka sowie in Auschwitz-Birkenau und Majdanek informiert war. Über jüdische Parteien und Jugendorganisationen wie Hashomer Hatzair wurde die Information verbreitet und von einzelnen Personen bestätigt, denen die Flucht aus den Lagern gelungen war. Die verbliebenen Bewohner_innen der Ghettos konnten sich, so gut es ging, auf ihre anstehende Deportation vorbereiten. Das wird an einem Gespräch auf dem Umschlagplatz von Warschau deutlich, von dem der Überlebende Marian Berland berichtet:

> *„Ich habe ein gesamtes Werkzeugset dabei, das wir brauchen, um die Tür im Waggon zu öffnen. Ich habe eine Säge, einen Schraubenzieher, eine Zange und noch verschiedene andere Dinge.“ (S. 299)*

Schon an derlei Vorbereitungen auf die Flucht wird klar, wie begrenzt die Möglichkeiten waren, die Jüd_innen für ihre Gegenwehr zur Verfügung standen. Selbst mit einer akribischen Vorbereitung waren die Überlebenschancen der einzelnen Springer_innen gering. Gemeinsam ist vielen der im Buch dargestellten Menschen der Wunsch, lieber durch den Sprung aus dem Zug zu sterben oder von einem Wachtposten erschossen zu werden, als am Zielort vergast zu werden. Die Wahl der Todesart wird so zur letzten verbliebenen Möglichkeit, Einfluss auf das eigene Schicksal zu nehmen.

Aus Opfern werden Menschen

Mit „Das eigene Schicksal selbst bestimmen“ liegt die bisher detaillierteste Ausführung zu dieser Form der jüdischen Selbstbehauptung im Nationalsozialismus vor. Auf über 500 Seiten macht Bruder deutlich, wie die jüdische Bevölkerung Polens in den frühen 1940er-Jahren mit den verbliebenen Handlungsoptionen umgegangen ist. Damit ergänzt sie die

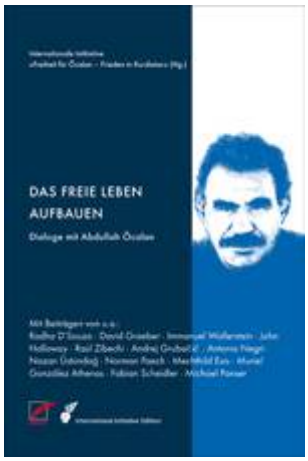
bestehenden Forschungen, darunter insbesondere eine Studie der Historikerin Tanja von Fransecky, die bereits 2014 ein Buch zur "Flucht von Juden aus Deportationszügen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden" vorgelegt hat. Gleichzeitig widerlegt sie die bisherige Annahme, dass vornehmlich junge Männer den Sprung aus fahrenden Zügen gewagt haben. Auch für Leser_innen ohne wissenschaftliche Vorkenntnisse sind ihre Darstellungen klar und verständlich.

In der Publikation werden einige wenige der zahllosen Opfer des Nationalsozialismus wieder als einzelne Menschen sichtbar: Nachdem sich Erna Klinger die Nacht über im Sumpf versteckt hatte, kehrte sie am nächsten Tag nach Drohobycz zurück, wo sie denunziert und vorübergehend verhaftet wurde. In der Folge ging sie weiter nach Lemberg. Gemeinsam mit ihrem Kind konnte sie dort die Herrschaft der Nationalsozialist_innen überstehen und das Ende des Krieges erleben, indem sie ihre jüdische Herkunft hartnäckig abstritt. Ihr Bericht ist eine der 135 Lebensgeschichten aus Franziska Bruders Buch. Nicht alle davon sind detailliert überliefert, aber keine davon darf vergessen werden.

Franziska Bruder 2019:
Das eigene Schicksal selbst bestimmen. Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt«.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-826-5.
552 Seiten. 29,80 Euro.

Zitathinweis: Kai Stoltmann: 84 Kilometer vor Bełżec. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/ZPEqk.

Die Karawane der Wahrheitssuchenden



Internationale Initiative ›Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan‹ (Hg.)
Das freie Leben aufbauen
Dialoge mit Abdullah Öcalan

In einem kollektiv herausgegebenen Sammelband antworten TheoretikerInnen aus der ganzen Welt auf die Schriften Abdullah Öcalans.

Rezensiert von Kerem Schamberger

Die Schriften Abdullah Öcalans verbreiten sich trotz Verbot und Zensur. In einem Sammelband wird ihm nun erstmals geantwortet: „Das freie Leben aufbauen – Dialoge mit Abdullah Öcalan“ ist im Unrast Verlag erschienen. Intellektuelle aus der ganzen Welt beschäftigen sich mit den Thesen des PKK-Gründers und Theoretikers Öcalan und antworten aus ihrer jeweils eigenen Perspektive. Mit dabei sind Immanuel Wallerstein, Antonio Negri, David Graeber, Radha D´Souza, Arnaldo Otegi, Fabian Scheidler, Muriel González Athenas, Norman Paech, Michael Panser und viele mehr.

Die Publikationsaktivitäten der Internationalen Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“ laufen damit in hohem Tempo weiter. 2017 erschien mit „Zivilisation und Wahrheit“ Band I des Manifests der demokratischen Zivilisation. Damals noch im Mesopotamien Verlag, der mittlerweile verboten und dessen Buchbestand seit fast zwei Jahren beschlagnahmt ist. Im März 2019 wurde Band II veröffentlicht, „Die kapitalistische Zivilisation“ (Rezension in Ausgabe #51). Diesmal wird im Unrast Verlag publiziert, der zusammen mit den Verlagen Mandelbaum (Österreich) sowie Edition 8 (Schweiz) und einer Reihe von Einzelpersonen im Herbst 2019 die „Edition Mezopotamya“

herausgebracht hat, in der sich die meisten Bücher des verbotenen Mesopotamien-Verlags wiederfinden. Die Zensur von Innenminister Horst Seehofer wurde damit erfolgreich unterlaufen. Im Oktober 2019 erschienen nun zudem die „Dialoge“, die deutlich machen, dass sich Menschen weltweit mit den Thesen Öcalans auseinandersetzen.

Über die Gefängnismauern hinaus

Die Bücher des Theoretikers und Gründers der Arbeiterpartei Kurdistans stellen eine holistische Gesellschaftsanalyse dar, die nicht nur im Regal verstauben, sondern Wirkung entfalten soll. Eine Theorie des Handelns, die in Rojava bereits ihre Blüten trägt (und deshalb starken Attacken ausgesetzt ist, wie der derzeitige türkische Angriffskrieg auf die Region zeigt). Doch: Eine jede gesellschaftliche Großtheorie lebt vom intellektuellen Austausch und Diskussion. Nur so kann sie weiterentwickelt und Fehler korrigiert werden. Schwierig, in einer Situation, in der der Autor seit 20 Jahren auf einer einsamen Insel eingesperrt ist. Isoliert von der Außenwelt, nur mit einer begrenzten Anzahl von Büchern und ohne Internetzugang. Seine Ideen konnten nur in Form von sogenannten Verteidigungsschriften als Einreichungen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aus dem Gefängnis „geschmuggelt“ werden. Anschließend wurden sie von der Internationalen Initiative aufbereitet, übersetzt und veröffentlicht. Und sie erhalten nun Antwort: 20 namhafte AutorInnen setzen sich mit dem „Demokratischen Konföderalismus“ und der historischen Gesellschaftsanalyse des kurdischen Vordenkers auseinander. Und sie vereinen das, was Öcalan seit zwei Jahrzehnten verwehrt ist: die Verbindung von theoretischer Reflexion und Praxis. Sie alle versuchen, ihr Denken an der Realität zu überprüfen. Graeber bei Occupy Wallstreet, Paech im Bundestag für die Linkspartei, Scheidler mit seinem Medienprojekt Kontext TV, Otegi als baskischer Aktivist in den Gefängnissen Spaniens und Panser, der als Wahrheitssuchender von Deutschland in die Berge Kurdistans ging und dort am 14. Dezember 2018 bei einem türkischen Luftangriff getötet wurde.

Im Buch sind Pansers Gedanken als „Fragmente einer Philosophie der Befreiung“ wiedergegeben. Er beschäftigt sich mit dem „Spannungsfeld von Wissen, Macht und Wahrheit“ (S. 324). Ganz wichtig dabei: „Nomadisches Denken“, das Bewegung beinhaltet und die eigene Position frei von Dogmatik

hält. Panser verbindet dabei den Foucaultschen Zugang zur Macht mit Öcalan: „Die Macht an sich ist nicht gut oder böse, sie beschreibt zunächst einmal die Möglichkeit eines Subjekts innerhalb eines Systems, sich zu bewegen“ (S. 325). Herrschaft hingegen ist die Konzentration von Macht, „oder präziser (…) Definitionsmacht“ (S. 326). Mit ihr werden Bedeutungsrahmen gesetzt, die akzeptiert werden müssen. Wenn nicht, folgt der Ausschluss. Allerdings, so macht der Autor deutlich: wo es Herrschaft gibt, gibt es auch Widerstand, der vor allem mit „Selbstermächtigung und der Aneignung eigener Wahrheitszugänge“ (S. 327) geführt werden müsse. Das vorliegende Buch stellt eine solche Aneignung dar.

Wer die Zukunft gewinnen will, muss die Gegenwart verändern und dafür die Geschichte kennen. Der anarchistische Professor Andrej Grubačić beschäftigt sich deshalb in seinem Debattenbeitrag mit den Ideen des Sozialisten Svetozar Marković (1846-1875), der in den letzten Monaten seines kurzen Lebens im Gefängnis einen „demokratischen Kommunalismus“ (S. 158) entwickelte und für eine Balkan-Föderation, als „eine nichtstaatliche Föderation aller Völker des Balkans“ (ebd.) plädierte. Die Anschlussfähigkeit an das Denken Öcalans liegt auf der Hand. Beide treten für „die Fragmentierung des Nationalstaats in nicht-staatliche Gemeinschaften und Gemeinden ein“ (S. 169).

Die Anwältin, Professorin und Aktivistin Radha D´Souza beschäftigt sich mit dem kolonialen Erbe des Mittleren und Fernen Ostens und fragt sich, was es bedeutet, als Frau aus Südasien Öcalan zu lesen. Sowohl er als auch sie seien gezwungen, mit dem Vokabular und den DenkerInnen des Westens (etwa mit Marx, Weber, Bookchin, Foucault) zu argumentieren, um überhaupt mit potentiellen „Adressaten im Mittleren Osten oder in Südasien kommunizieren zu können“ (S. 142): „Wer würde verstehen, wenn ich von Schah Waliullahs (1703-1762) Werk über den Aufstieg und Niedergang von Imperien und seine Staatstheorien sprechen würde?“ (ebd.). Öcalan greife hingegen eine Theorietradition des Ostens auf, indem er die westliche Trennung von Subjekt und Objekt zu überwinden versuche und „eine nicht-dualistische Herangehensweise“ vorschlage: „Konflikte und Kämpfe dürfen nicht verleugnet werden, aber dabei sollte die grundlegende Einheit der Welt ebenfalls anerkannt werden“ (S. 150). Konflikte verlaufen zudem nicht nur zwischen Arbeit und Kapital, sondern vor allem zwischen „einem repressiven Staat, der politische und ökonomische Macht in sich konzentriert, und den

Kämpfen der Gemeinschaften um ihr Überleben“ (S. 146). Diese finden sich in sämtlichen Zivilisationen der letzten 5000 Jahre und bis heute sind Stränge solidarischen Zusammenlebens in den Gesellschaften vorhanden. Diese gelte es wiederzuentdecken und zu beleben – insbesondere im Osten, in dem der innere Zusammenhalt von Gemeinschaften zwar verschüttet, aber dennoch immer vorhanden sei, so D´Souza.

Jeder Beitrag der Dialoge lässt sich mit Gewinn auch für die eigenen Kämpfe lesen; etwa, wenn die Feministin Muriel González Athenas die „Naturalisierung der Zweigeschlechtlichkeit“ (S. 122) in Öcalans Denken kritisiert. Denn auch das ist Teil des Bandes: Widerspruch von AutorInnen, die sich in der Materie oder aufgrund ihres Literaturzugangs auf gewissen Feldern einfach besser auskennen als der Vordenker der kurdischen Freiheitsbewegung und seine Werke aus einer solidarisch-kollegialen Perspektive kritisieren und damit weiterentwickeln. Man kann nur hoffen, dass ihm die Dialoge schnellstmöglich in die Zelle zugestellt werden. Einen entsprechenden Antrag haben seine Anwälte bereits vor Monaten gestellt, ohne Rückmeldung der türkischen Behörden.

Am Ende der Dialoge antwortet „[a]nstelle eines Nachworts“ (S. 333) der Meister persönlich. Abdullah Öcalan dankt auf zwei kurzen Seiten den AutorInnen für ihre Mühe: „Als Wahrheitssuchende der Universalität grüße ich Sie mit tiefem Respekt“ (S. 334). Seine Wortmeldung ist nur möglich, weil er im Juni 2019, nach acht Jahren totaler Isolation, das erste Mal wieder mit seinen AnwältInnen sprechen konnte und sie diese Nachricht von der Gefängnisinsel İmralı übermittelten. Bislang hatte Öcalan keine Möglichkeit, auf die Debattenbeiträge einzugehen, weil ihm das Buch selbst von der Gefängnisleitung noch nicht ausgehändigt wurde. Und so umreißt er kurz den Zweck seiner gesamten Arbeit: „[D]en Sozialismus aus der Perspektive des Nahen Ostens zu entwickeln“ (S. 334). Ein großes Ziel, das nur durch kollaborative und kollektive Wissensarbeit erreicht werden kann. Mit den „Dialogen“ ist ein erster großer Schritt getan, um der Karawane der Wahrheitssuchenden einen möglichen Weg aufzuzeigen. Und im Jahr 2020 wird die Veröffentlichung des dritten Teils des fünfbändigen Manifests, die „Soziologie der Freiheit“ erwartet. WissenschaftlerInnen und AktivistInnen dürfen gespannt sein.

Internationale Initiative ›Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan‹ (Hg.) 2019:
Das freie Leben aufbauen. Dialoge mit Abdullah Öcalan.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-076-4.
336 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Kerem Schamberger: Die Karawane der Wahrheitssuchenden. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/i27Vg.

Eine deutsche Idee

Clemens Heni
Der Komplex Antisemitismus
Dumpf und gebildet, christlich, muslimisch, lechts, rinks, postkolonial, romantisch, patriotisch: deutsch

Die Diskussionen über BDS und die Arbeitsdefinition Antisemitismus laufen Gefahr, die Spezifik des Antisemitismus in Deutschland aus dem Blick zu verlieren.

Rezensiert von Peter Nowak

„Mit Blick auf die Karriere und das mentale Wohlbefinden ist es keine sonderlich gute Idee, Antisemitismusforschung zu betreiben. Der Forschungsgegenstand selbst bietet wenig Erfreuliches. Inzwischen ist aber auch das Arbeitsumfeld jener, die den Antisemitismus beforschen, von schonungslosen Auseinandersetzungen gezeichnet“, schreibt Mathias Berek in einem Diskussionsbeitrag für die *Jungle World* (49/2019). Gegenstand der Kontroverse, die in mehreren Ausgaben der Wochenzeitung geführt wurde, ist die Bewertung der *Arbeitsdefinition Antisemitismus* der International Holocaust Remembrance Alliance und die Einschätzung der Kampagne zum Boykott, Desinterventionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel. Die Fokussierung der Debatte auf diese beiden Aspekte birgt allerdings die Gefahr, dass die Spezifik des Antisemitismus in Deutschland dabei aus dem Blick gerät.

Am Beginn der Antisemitismusdebatte in der deutschen Linken, die mit dem Zusammenbruch der DDR an Bedeutung gewonnen hatte, drehte sich die Auseinandersetzung nicht primär um das Verhältnis zu Israel, sondern um deutsche Geschichte und Ideologie. Parolen wie „Deutschland denken heißt Auschwitz denken“ kündeten davon. Damals hatte sich Clemens Heni, der in Bremen, Innsbruck, Tübingen und Berlin Philosophie, Geschichte, Politik- und Kulturwissenschaften studierte, bereits an der Debatte beteiligt. Seit dieser Zeit hat er immer in die Auseinandersetzung um den Antisemitismus

interveniert. Dabei sparte er oft nicht mit Polemik und steht damit in einer Reihe mit Kritiker*innen der deutschen Verhältnisse wie Eike Geisel, Wolfgang Pohrt und dem Herausgeber der Monatszeitschrift *konkret*, Hermann L. Gremliza. Ihm und einer proisraelischen Linken hat Heni auch das in 10 Kapitel gegliederte Buch „Der Komplex Antisemitismus“ gewidmet. Auf 760 Seiten dokumentiert er seine Interventionen in die Antisemitismusdiskussion der letzten 20 Jahre. Es handelt sich um Grundlagenforschung in den Bereichen Ideologiekritik, der Textanalyse und der politischen Kultur Bundesdeutschlands.

Auch für Leser*innen, die Henis Argumenten für eine proisraelische Linke nicht zustimmen, ist das Kompendium mit Gewinn zu lesen. Erinnert er doch daran, dass die Genese der Antisemitismusdiskussion hierzulande in der Kritik an den deutschen Verhältnissen und nicht im Nahen Osten lag. Das könnte man leicht vergessen, wenn man die aktuellen Beiträge zum Antisemitismusdiskurs liest. Da geht es fast nur noch um die Frage, wo Kritik an Israel ins Regressive oder gar ins Antisemitische umschlägt und ob es legitim ist, der von jüdischen Linken gegründeten Organisation *Stimme für einen Gerechten Frieden* Räume in öffentlich geförderten Einrichtungen zu verweigern, weil sie sich nicht von der BDS-Kampagne distanzieren. Heni geht es in dem Buch dagegen um die Analyse und die Kritik des historischen und des gegenwärtigen deutschen Antisemitismus.

Mit seinem profunden historischen Wissen befasst sich der Autor in den ersten vier Texten mit deutscher Geschichte. Die Studie über den Bund Neudeutschland ist eine historische Fundgrube. Dicht gespickt mit historischen Fakten beschreibt Heni eine Gruppe christlicher Konservativer, die in der Weimarer Republik die Überwindung von Parteienstaat und Liberalismus zugunsten eines hierarchisch aufgebauten Führerstaats propagierten und Adolf Hitler als deutschen Messias feierten. Nach 1945 stilisierten sich die Neudeutschen zu NS-Gegner*innen und gelangten bald in wichtige Positionen der BRD. Zu den bekanntesten Neudeutschen gehörte der langjährige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Hans Filbinger, der 1978 zurücktreten musste, nachdem bekannt geworden war, dass er als Militärrichter Todesurteile gegen Deserteure noch nach der bedingungslosen Kapitulation des NS vollstrecken ließ. Unter der Überschrift „Natur und

Heimat“ seziert Heni die braunen Wurzeln in der Umweltbewegung – ein äußerst aktuelles Thema.

Erinnerung an die Goldhagen-Linke

In einem weiteren Kapitel erinnert Heni ausführlich an die heute fast vergessene *Goldhagen-Debatte*, die Mitte der 1990er-Jahre nicht nur die Linke sondern auch die Historiker*innenzunft in Deutschland beschäftigte. Mit „Goldhagen hat die Parole Deutschland denken heißt Auschwitz denken ergänzt und präzisiert“ (S. 99), begründet Heni, warum die Debatte für die israelsolidarische Linke in jenen Jahren eine so große Bedeutung gewonnen hatte, dass der Terminus Goldhagen-Linke gebraucht wurde.

> *„Goldhagen hat geschafft, was selbst radikale Linke in der BRD jahrzehntelang nicht geschafft haben: die Vernichter der europäischen Juden als das zu bezeichnen, was sie waren: Deutsche. Nicht bloß SS-ler und von Hitler Verführte“ (S. 100)*

Allerdings geht Heni nicht auf die Schwachstellen dieses Ansatzes ein, die mit dazu führten, dass nicht wenige der Goldhagen-Linken 20 Jahre später doch noch den Frieden mit einem Deutschland gemacht haben, das sich als Aufarbeitungsweltmeister gerierte. Goldhagen bescheinigte der BRD einen Prozess der Angleichung an die westliche Zivilisation, die er relativ unkritisch mit der Politik der USA gleichsetzte. So sprach er sich vehement für militärische Angriffe im Namen der Verteidigung der Menschenrechte aus und konnte so zum Stichwortgeber für ein wiedergutgemachtes Deutschland werden, das in der Ära Schröder-Fischer als besondere Form der Vergangenheitsbewältigung Kriege führt, um ein neues Auschwitz zu verhindern. Es ist bedauerlich, dass Heni auf diesen Aspekt nicht eingegangen ist. Schließlich gehört er nicht zu den Goldhagen-Linken, die ihren Frieden mit Deutschland gemacht haben.

In dem Kapitel „Antisemitismus im EU-Mainstream: Rot ist braun“ setzt er sich kenntnisreich und polemisch mit der aktuellen Totalitarismusvariante auseinander: „Diese ganze strukturelle Gleichsetzung von Holocaust und politischen Verbrechen der Sowjetunion, an die somit nicht als Befreier vom SS-Staat, sondern als Täternation erinnert werden soll, ist seit vielen Jahren,

ja seit Jahrzehnten Mainstream in Europa und weltweit“ (S. 548). In mehreren osteuropäischen Ländern geht es längst nicht mehr nur um eine Gleichsetzung von Rot und Braun. In den baltischen Ländern aber auch in Ungarn und Rumänien wird die Rote Armee als Besatzungsarmee betrachtet, während NS-Kollaborateure, die gegen sie kämpften, als Helden gefeiert werden.

Peter Weiss und Kolonialismus

Auch mit einem Säulenheiligen der Linken wie dem Schriftsteller Peter Weiss setzt sich Heni in einem Kapitel kritisch auseinander. Ausgerechnet der Literat, der sich in seinen Werken mit den Nachwirkungen des NS sehr intensiv auseinandersetzte, hat in seinen Notizbüchern zwischen Juli und November 1964 geschrieben:

> *„Was spielt das für eine Rolle wie die Orte aussehen, überall das Gleiche, das universale KZ, Auschwitz, Dresden, Verdun, Hiroshima, Armeniermord usw., wir leben in einer einzigen Grabkammer, reißt sie nieder, reißt sie endlich nieder, damit wir atmen können.“ (S. 637)*

Das scheint nicht weit entfernt vom viel kritisierten Statement des Extinktion-Rebellion-Mitbegründer Roger Hallam, der in einem Interview den Holocaust als eine Episode in der weltweiten Verfolgungsgeschichte bezeichnete. Nun könnte man zur Verteidigung von Peter Weiss anführen, dass er in seinen Notaten flüchtige noch nicht ausformulierte Gedanken veröffentlichte. Doch auch das berühmte Theaterstück von Peter Weiss „Die Ermittlung“, das den Auschwitz-Prozess mit Mitteln des dokumentarischen Theaters thematisiert und 1965 sowohl in der BRD als auch in der DDR aufgeführt wurde, verfällt der Kritik durch Heni. „Juden kommen in dem Stück, das von Auschwitz handelt, nicht vor. Im Stück werden Krupp, Siemens oder Thyssen erwähnt. Diese Ökonomisierung des Holocaust prägt weite Teile der Linken“ (S. 639). Allerdings könnte man Heni hier entgegenhalten, dass diese und andere Konzerne auch im Vernichtungslager Profite machten, die Ökonomisierung der Shoah also real stattfand.

Auch Henis Kritik an manchen postkolonialen Diskursen, in denen der Kolonialismus im Vergleich zum Holocaust als das größere Verbrechen

bezeichnet wird, fehlt gelegentlich die Differenzierung. So berechtigt die Kritik an Positionen von postkolonialen Theoretiker*innen wie Imani Tafari-Ama ist, die in einen Beitrag für die *taz* geschrieben hat, dass die Verschleppung der schwarzen Menschen aus Afrika ein größeres Verbrechen als der Holocaust gewesen sei (S. 367), so problematisch ist es, wenn Heni zu Achille Mbembes Schrift „Kritik der Schwarzen Vernunft“ anmerkt: „Diese Kritik an der Moderne kommt über 70 Jahre zu spät, die Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno von 1944/47 hat dieses Verhältnis von Aufklärung, Regression, Nationalsozialismus und Moderne analysiert…“ (S. 362). Dabei gab es im Anschluss an Adorno und Horkheimer viele Theoretiker*innen, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten des Themas befasst haben. Das ist durchaus im Sinne der Theoretiker der Frankfurter Schule, die die Debatte mit ihrem Buch nicht abschließen wollten. Die Perspektive aus der Sicht eines afrikanischen Wissenschaftlers, die Mbembe schon im Titel deutlich macht, ist eine Bereicherung. Es wird nicht klar, was Heni an dieser von ihm zitierten Passage von Mbembe problematisch findet. Wenn er schreibt, dass „diejenigen Aspekte des Antisemitismus, die im kolonialen Denken wurzeln… noch immer weitgehend unbekannt“ sind, argumentiert Mbembe differenziert. Es geht ihm nicht wie manchen postkolonialistischen Theoretiker*innen darum, sich auf ein Ranking nach dem größten Menschheitsverbrechen einzulassen. So Recht Heni mit seiner Kritik an einer Gleichsetzung von Kolonialismus und der Shoah hat, so bedauerlich ist, dass erkeine Bezüge zwischen der deutschen Kolonialideologie und dem deutschen Antisemitismus sehen will. Dabei wurde von der deutschen Kolonialverwaltung als Antwort auf den Aufstand der Herrero und Nama 1904 die Vernichtung der gesamten Ethnie angeordnet. Einige der an diesem Verbrechen beteiligten Militärs waren später in der SA und SS aktiv. Hier ließe sich diskutieren, ob nicht in beiden Fällen die völlige Entmenschlichung der zum Feind erklärten Personen eine Voraussetzung für die Politik der Vernichtung war.

Hier wie an vielen anderen Stellen bieten das Kompendium von Heni viel Stoff für Diskussionen. Heni schließt nach der Menge von Wissen und Polemik fast versöhnlich mit einer Hausregel aus seiner schwäbischen Heimat: „Was Besseres gibt’s auf Erden nicht, als Frieden und ein gut Gericht“ (S. 663). Im übertragenen Sinne kann man sagen, er hat mit dem Buch ein opulentes Mahl angerichtet, das nicht leicht verdaulich ist.

Clemens Heni 2018:
Der Komplex Antisemitismus. Dumpf und gebildet, christlich, muslimisch, lechts, rinks, postkolonial, romantisch, patriotisch: deutsch.
Edition Critic, Berlin.
ISBN: 978-3-946193-21-0.
764 Seiten. 30,00 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Eine deutsche Idee. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/ZEVoW.

Ob es jetzt endlich alle verstehen?

Alice Hasters
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen
aber wissen sollten

Rassismus geht auch in Deutschland alle etwas an. Eine Kampfschrift für mehr Aufmerksamkeit und Reflexion.

Rezensiert von Anna von Rath

„Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ heißt das im September 2019 veröffentlichte Buch der Journalistin und Podcasterin Alice Hasters. Der Titel erinnert an das im Frühjahr 2019 in der deutschen Übersetzung erschienene, sehr erfolgreiche Buch „Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche“ von Reni Eddo-Lodge. Inhaltlich ähneln sich die beiden Bücher insofern, als sie die Alltagserfahrungen von Schwarzen Menschen innerhalb rassistischer Strukturen mehrheitlich *weißer* Gesellschaften thematisieren. Die Bücher beziehen sich dabei ganz konkret auf den Kontext der jeweiligen Autorin, in Hasters Fall Deutschland und bei Eddo-Lodge das Vereinigte Königreich. Hier soll es zwar in erster Linie um Hasters Buch gehen, aber es ist wichtig anzuerkennen, dass Rassismus von kontextspezifischen Geschichten geprägt ist und der Diskurs in den jeweiligen Ländern relativ unterschiedlich geführt wird. Eins ist klar: Es gibt Rassismus in Europa – auch wenn viele das gerne verneinen – und die Autorinnen sind sich einig, dass sich vor allem *weiße* Menschen in ihren jeweiligen Heimatländern deutlich besser informieren sollten.

Hasters merkt gleich zu Beginn ihres Buches an, wie sehr sie von vielen anderen Schwarzen Frauen inspiriert wurde (unter anderem auch von Eddo-Lodge):

> *„Während ich ihre Texte las, habe ich mich oft gefragt, warum ich das Ganze noch einmal aufschreibe. Aber dann gehe ich ins Internet, lese Kommentare in sozialen Netzwerken, schaue mir Talkshows an – und da fällt es mir wieder ein. Die Arbeit dieser Menschen wurde noch nicht ausreichend gelesen, gehört oder ernst genommen. Wie gesagt, es braucht mehr.“ (S. 9)*

Diese Aussage möchte ich angesichts der vermehrten rechtsterroristischen Übergriffe und der teilweise überraschten und zu wenig strukturell gedachten Reaktionen von etablierten, mehrheitlich *weißen* Medien und Politiker*innen in Deutschland deutlich unterstreichen. Die Gesellschaft rückt immer weiter nach rechts, doch das öffentliche Interesse scheint sich lieber in Debatten über die Meinungsfreiheit zu verlieren, als ernsthaft ein Verständnis für diskriminierende Strukturen anzustreben. Hasters erklärt, dass rassistische Vorfälle keine sporadischen Einzelfälle sind. Das, was ihr persönlich im Alltag passiert, drückt die Haltung eines großen Teils der Gesellschaft aus. Manchmal wirkt eine rassistische Handlung vielleicht „nur“ lästig, aber Rassismus führt auch zu Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt oder zu Annahmen über die Intelligenz einer Person, was negative Auswirkungen auf Schul- und Berufsoptionen mit sich bringt. Manchmal führt Rassismus sogar zu Mord.

Ein Plädoyer für mehr Respekt und Einfühlungsvermögen

Obwohl der Titel von Hasters Buch recht provokant klingen mag, bietet sie einen vergleichsweise sanften Einstieg in die Thematik. Die emotionalen Einblicke, die Hasters in ihr eigenes Leben und ihre Denkprozesse gewährt, lese ich als Appell an das Einfühlungsvermögen von *weißen* Menschen und als klare Aufforderung, respektvoller durch den Alltag zu gehen. Das Buch kann aber auch ein Angebot an Menschen mit Rassismuserfahrungen sein, sich selbst wiederzuerkennen und das Strukturelle des Alltagsrassismus besser einordnen zu können. Anhand von persönlichen Anekdoten, die sie mit historischen Beispielen unterfüttert, um rassistische Kontinuitäten zu

verdeutlichen, zeigt Hasters die Strukturen auf, von denen *weiße* Menschen profitieren, während Schwarze Menschen, Indigene und People of Color benachteiligt werden. Dabei arbeitet sie sich durch alle Lebensbereiche, die sie als 30-jährige Frau geprägt haben: Kindheit und Schulzeit in Köln, Austauschjahr bei Verwandten in den USA, Sportstudium, Journalismusschule, Kellnerinnen-Job, Beziehungen zu Familienmitgliedern und Freund*innen, Begegnungen im Club oder Café. Überall erlebt Hasters kleinere oder größere Übergriffe, die in ihrer Häufung richtig anstrengend sind und Gefühle von Ausschluss erzeugen. Bei diesen Übergriffen handelt es sich um die individuelle oder Interaktionsebene von Rassismus, die einen gesellschaftlichen Common Sense widerspiegelt und die ausführende Kraft institutionalisierter Verhaltensmuster bildet. Sehr ehrlich erklärt Hasters, dass sie selbst einige Zeit gebraucht hat, um die rassistischen Strukturen hinter diesen wiederholten Übergriffen deutlich erkennen zu können. Schließlich kann Rassismus sogar als ahnungsloses und wohlgemeintes Kompliment verpackt auftreten und dabei gleichzeitig mit Sexismus kombiniert werden.

Hasters beschreibt ihren eigenen Denkprozess und wie sie lernen musste, rassistische Strukturen zu verstehen und zu benennen. Manchmal wirkt Rassismus wie ein Zufall, etwa wenn Hasters Mutter, eine professionelle Tänzerin, bei einem irischen Volkstanzabend nicht zum Tanzen aufgefordert wird, weil Schwarzsein und diese Art Tanz in den Köpfen der durchweg weißen Anwesenden nicht zusammenpasst. Des Weiteren ist eine häufige Reaktion von *weißen* Menschen das Herunterspielen einer rassistischen Erfahrung im Sinne von „war doch nur ein Spaß“, „war doch nicht so schlimm“, „musst du ja nicht so ernst nehmen“. Diesen Umständen zum Trotz Rassismus klar zu benennen und sich gegen ihn zu stellen, war eine Herausforderung für Hasters. Daher gesteht sie anderen Menschen – auch *weißen*, die sie im Buchtitel so explizit anspricht – den gleichen Lernprozess zu. In Anbetracht ihrer eigenen rassistischen Erfahrungen spricht diese verständnisvolle Haltung für unglaubliche Größe. Sie hätte genauso gut einen wütenderen, vorwurfsvolleren Ton anschlagen können.

Optimismus und Änderungsvorschläge

Als Noah Sows Buch „Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus“ 2008 erschien, haben sich viele *weiße* Menschen davon beleidigt gefühlt. Die

weiße Journalistin Brigitte Fehrle betitelte ihre Rezension zu Sows Buch in der *Zeit* als „Strafpredigt für alle“, auch wenn sie die Relevanz des Themas anerkannte. Statt für eine weitere Strafpredigt entscheidet Hasters sich für eine Reihe von optimistischen Vorschlägen, wie aktuelle Strukturen verändert werden können. So schreibt sie: „Ich glaube, dass man rassistisches Verhalten nur durch bewusste Konfrontation ändern kann“ (S. 20). Zum Beispiel erzählt Hasters, wie sie eine Cafébesitzerin auf ihre rassistische Spardose für Trinkgeld aufmerksam machte, was sie selbst zunächst Überwindung kostete, aber erfolgreich war: Beim nächsten Cafébesuch war die Spardose verschwunden. Natürlich ist unklar, ob die Cafébesitzerin dieses neue Wissen über Rassismus tatsächlich verinnerlicht hat. Doch Hasters ist zufrieden: „das machte mir Hoffnung, dass Reden vielleicht doch hilft“ (S. 21). Mehr noch rät sie allerdings besonders *weißen* Menschen, dass sie lernen sollten, gut zuzuhören.

Ein weiterer wichtiger Vorschlag für den Umgang mit Rassismus lautet „die Dinge beim Namen nennen“ (S. 31). Im Deutschen fehlen diese Namen häufig noch, deshalb werden viele englische Begriffe wie othering, tokenism oder white gaze verwendet – ein Hinweis darauf, dass der Diskurs in Deutschland dringend mehr Aufmerksamkeit braucht. Vielleicht gibt es dann auch irgendwann deutsche Begriffe, mit denen alle umzugehen wissen. Intensivere Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen könnte das Verständnis für den Zusammenhang zwischen Macht und Sprache im Allgemeinen stärken, sodass politische Korrektheit nicht mehr reißerisch als Sprach- oder Gedankenpolizei oder elitäres Gehabe bezeichnet werden würde, sondern der Wert eines sensiblen und respektvollen Umgangs mit Sprache im Mittelpunkt stünde.

Des Weiteren bekräftigt Hasters, wie wichtig Repräsentation – also positive (Vor-)Bilder – und bestärkender Zuspruch nicht nur von Eltern und Lehrenden, sondern auch von Medien und anderen öffentlichen Stellen sind:

> *„Mehr Chancen, mehr Optionen, mehr Bilder müssen angeboten werden. Mehr Geschichten müssen erzählt werden. Und ganz wichtig: Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, Herkünften, Geschlechtern und sexuellen Orientierungen müssen mitentscheiden.“ (S. 51)*

Dabei können alle in ihren jeweiligen Jobs und innerhalb ihrer Familien und Freund*innenkreise mithelfen. Je mehr Menschen anfangen, direkte

Konfrontation zu praktizieren und auf Repräsentation zu achten, desto weniger müssen Schwarze Menschen die meist unbezahlte Aufklärungsarbeit allein leisten.

Wie Hasters selbst feststellt, schreibt sie eigentlich nichts völlig Neues, und dennoch handelt es sich angesichts des täglichen Rassismus in Deutschland um ein unfassbar wichtiges Buch. Bei der stetig wachsenden Zahl von Büchern über Rassismus von Schwarzen Deutschen Autor*innen gibt es wirklich keine Ausreden mehr für *weiße* Menschen, sich nicht zu informieren.

Alice Hasters 2019:
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen. aber wissen sollten.
Hanser Verlag, München.
ISBN: 978-3446264250.
208 Seiten. 17,00 Euro.

Zitathinweis: Anna von Rath: Ob es jetzt endlich alle verstehen? Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/csWkT.

Rückkehr zum Materialismus

Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller, Lea Haneberg, (Hg.)
Materializing Feminism
Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität

Über ein Plädoyer, den heutigen Feminismus wieder auf den Boden des Kapitalismus zurück zu holen.

Rezensiert von Mailin Stangenberg

Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008 gibt es in den Gender Studies wieder vermehrtes Interesse an den materiellen Grundlagen der Gesellschaft, ganz nach dem Motto „In der Krise liest man Marx“. Damit einhergehend stehen postmoderne Ansätze wie die Diskurstheorie und die Performativitätstheorie von Judith Butler in der Kritik. Mit ihrer Sprachfixierung sollen sie die ökonomischen Verhältnisse aus den Augen verloren haben. Worauf marxistische Feministinnen wie Roswitha Scholz oder Frigga Haug schon seit 30 Jahren hinweisen, erfährt in der feministischen Bewegung derzeit wieder eine breite Rezeption. Vermehrt werden Rückbezüge geschaffen zu Feminismen der zweiten Frauenbewegung.

In die Debatte schaltet sich nun der Sammelband „materializing feminism“ ein. Die Herausgeberinnen Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller und Lea Haneberg appellieren daran, den Fokus wieder mehr auf die „Bedingtheit der historischen und gesellschaftlichen Materialitäten“ (S. 11) zu setzen und versammeln dazu elf Beiträge, die sich mit der Verbindung von Geschlecht zu Staat, Kapital und Kolonialismus befassen. Sie schaffen es dabei, nicht in öde Gegenüberstellungen von poststrukturalistischen und marxistischen Theorien oder Klassen- und Identitätspolitik zu verfallen. Vielmehr werden die theoretischen Differenzen produktiv gemacht.

Soziale Reproduktionsarbeit

Auch wenn der Band unterschiedliche Ansätze versammelt und Widersprüche nebeneinander stehen, gibt es wiederkehrende Themen. Ein Fokus des Bandes lässt sich deutlich in der un- oder schlecht bezahlten sozialen Reproduktionsarbeit ausmachen. Hier bietet der Band eine kurze, aber prägnante Analyse des patriarchalen Kapitalismus, der auf der Auslagerung von Sorge- und Hausarbeit in das Private basiert. Einen wichtigen Beitrag dazu bildet der Artikel von Juliana Moreira Streva zu Identitätspolitik in Lateinamerika. Sie macht deutlich, „dass das patriarchalisch-kapitalistische System und die koloniale Expansion primär nicht nur auf unterbezahlter, sondern auch auf versklavter und gänzlich unbezahlter Arbeit basieren." (S. 142) Strevas Argumentation unterstreicht, dass eine leidenschaftliche Identitätspolitik keineswegs Klassenpolitik gegenübersteht, sondern eng mit ihr verwoben ist.

Differenz wagen

Besonders erhellend ist der Beitrag „anders zusammen zusammen anders – vom Differenzfeminismus lernen" von Verena Letsch und Isabell Merkle. Denn darin räumen die Autorinnen mit Vorurteilen um den Differenzfeminismus auf und schaffen eine neue Perspektive, indem sie Differenz nicht nur im Bezug auf Geschlechterunterschiede denken, sondern die Verschiedenheiten von Frauen miteinbeziehen. Ihre Thesen entwickeln sie entlang des Buches „Wie weibliche Freiheit entsteht", das Ende der 1980er Jahre von italienischen Autorinnen des Mailänder Frauenbuchladens verfasst wurde. Sie nutzen die Vorüberlegungen aus Mailand dazu, einen Differenzfeminismus zu entwickeln, der „keine einheitliche Identität Frau mit einer vermeintlich geteilten gesellschaftlichen Position, die Ausschlüsse produziert" (S. 225) proklamiert, sondern die Ungleichheiten zwischen Frauen als Potential der Frauenbewegung begreift.

Der sozio-erotische Körper

Anna Stiedes Beitrag zum sozio-erotischen Körper ist eine Streitschrift voller Liebe für eine andere Welt. Es gelingt ihr, durchaus abstrakte Ideen praktisch

zu denken und dadurch das Narrativ von einem Ende der Geschichte aufzubrechen. Eine andere Gesellschaft denkt sie durch den Körper, genauer: den sozio-erotischen Körper nach Franco Berardi, einem italienischen Postoperaisten. In Zeiten der digitalen Revolution ist es der Körper, in dem Raum und Zeit aufeinandertreffen. Die „Ideologie der Unendlichkeit“ (S. 201) des digitalen Kapitalismus zerfleischt uns. Unsere Körper kommen nicht mehr mit. Das führt zu Unwohlsein, Depressionen und Burn-outs bis hin zum Suizid. Eine leidenschaftliche Klassenpolitik, so Stiede, „muss daher die Raum- und Zeitachse in Einklang bringen.“ (S. 202) Dazu müssen wir einerseits erkennen, dass wir auf andere angewiesen sind, und andererseits lernen, die verinnerlichte Dichotomie von Geist versus Körper zu überwinden. Stiede plädiert dafür, unsere Gefühle nicht länger unseren Gedanken gegenüber zu stellen und „Muße, Lust, Begehren sowie die schwierigen Emotionen als politische Felder“ (S. 205) zu begreifen.

Eine dekonstruktivistische Brille

Gudrun-Axeli Knapp fordert in ihrem Beitrag „Mut zur Kontroverse“ mehr Widerstreit in der feministischen Bewegung, speziell in den akademischen Kreisen. Sie fragt, wie es dazu kommen konnte, dass es heute selten noch artikulierten Widerspruch gibt, obwohl es doch eigentlich so viel zu besprechen gäbe. Aus der festgefahrenen Lage, die sie als das klassisch feministische und queerfeministische identifiziert, weist, so Knapp, nur der „zugewandte Widerstreit“ (S. 31) hinaus. Sonst gelange man in einen Teufelskreis, wenn man sich jeweils nur als neue „Avantgarden der Kritik“ (S. 29) darstelle. Erst indem man sich gleichermaßen nicht als Weisheit letzter Schluss begreife, könne man sich gegenseitig bereichern.

Analog dazu fordert Bini Adamczak, deren Interview den Abschluss des Bandes bildet, Vereinfachungen des Poststrukturalismus und Marxismus zu überwinden und stattdessen mit einer dekonstruktivistischen Brille auf marxistisch-feministische Theorien zu blicken. Diesen Ansatz führt sie im Begriff des materialistischen Queerfeminismus zusammen. Ob dieser allerdings eine Antwort auf die derzeitige Kontroverse sein kann oder soll, wird offen gelassen. Durch die Vielzahl der Stimmen scheint es auch nicht die eine Lösung zu sein, nach der die Herausgeberinnen streben, sondern

vielmehr der Anstoß zu einer neuen „Suchbewegung“ (Stiede, S. 195), die Unterschiede benennt und Gemeinsames sucht.

Allen, die sich also näher mit einem theoretischen Fundament und neuen Konzepten des materialistischen Feminismus befassen wollen, ist der Kauf dieses Bandes ans Herz gelegt. Zu beklagen ist lediglich, dass, obwohl die grundlegenden Theorien den Leser_innen zumeist erklärt werden, viele Beiträge durch die hohe Dichte an Fachbegriffen schwer zugänglich sind und dadurch ein eher akademisches Publikum angesprochen wird.

Friederike BeierLisa Yashodhara HallerLea Haneberg(Hg.) 2018: Materializing Feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-319-2.
248 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Mailin Stangenberg: Rückkehr zum Materialismus. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/P8EuY.

Steigbügel des deutschen Imperialismus

Abdulmajeed Al Haj Ali
Die Orientfrage in der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg

Eine Studie untersucht, wie „der Orient“ dem Kaiserreich zum Aufstieg verhalf.

Rezensiert von Leon Wystrychowski

Zur Geschichte der deutschen Nahostpolitik wurde bereits einiges geschrieben. Häufig liegt der Fokus dabei auf der legendären Bagdadbahn oder dem deutsch-osmanischen Bündnis im Ersten Weltkrieg. In den letzten Jahren wurde zudem die sogenannte Araber- und Islam-Politik der Nazis vermehrt unter die Lupe genommen. Das Buch von Abdulmajeed Al Haj Ali legt dagegen den Schwerpunkt auf die Jahre 1871 bis 1914 – von der deutschen Reichsgründung bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Sezieren am lebenden Objekt

Al Haj Ali beginnt mit dem Zerfall des Osmanischen Reichs im 19. Jahrhundert, bei dem die europäischen Großmächte ordentlich Hand anlegten. Zwar erhielt der „kranke Mann am Bosporus“, wie das Osmanische Reich auch genannt wurde, erst Ende des Ersten Weltkriegs den Todesstoß. Allerdings rissen sich die anderen Imperien bereits in den 1870er und 80er Jahren europäische und nordafrikanische Gebiete der Osmanen unter den Nagel. Zugleich verschuldete sich Konstantinopel zunehmend bei eben diesen Staaten, die gerne mit Finanzspritzen aushalfen – bis sich das Reich nach einer

Überdosis schließlich 1881 einer europäische Haushaltsverwaltung unterordnen musste.

Der „neuralgische Punkt im Zerfallsprozess des Osmanischen Reiches“ (S. 6) aber war der Balkan. Die europäischen Mächte schnitten in wenigen Jahren fast ganz Südosteuropa Stück für Stück aus dem osmanischen Herrschaftsgebiet heraus, indem sie nationale Aufstände in der Region nach Gutdünken unterstützten. Der Leichnam wurde somit gefleddert, noch bevor der Patient tot war. Da vor allem aber Russland, Österreich-Ungarn und Großbritannien in Konkurrenz zu einander standen, entwickelte sich der Balkan auch zum Austragungsort dieser Gegensätze. Sie alle versuchten, die neu entstehenden Staaten entweder unter ihre Kontrolle zu bringen oder aber ihre Unabhängigkeit zu verhindern. Die oft blutigen Konflikte wurden dabei, abgesehen von einzelnen direkten Zusammenstößen zwischen den Mächten, vor allem auf dem Rücken der kleinen Völker ausgetragen.

Balanceakt im „Orient“

Reichskanzler Otto von Bismarck gelang es zunächst, den jungen deutschen Staat als Vermittler zwischen den Mächten zu inszenieren, der vermeintlich keine eigenen Interessen in der Region verfolgte. Wie Al Haj Ali aber überzeugend darlegt, diente die sogenannte „Orientfrage“ der Pendelpolitik Bismarcks zwischen Russland und Großbritannien. Diese bestand darin, den Erbfeind Frankreich zu isolieren und zugleich zu versuchen, sich sowohl mit Großbritannien als auch mit Russland gut zu stellen, was angesichts der beständig wechselnden und einander widersprechenden Interessen viel Taktiererei und Geheimdiplomatie erforderte. So nutzte der Reichskanzler die Spannungen zwischen den Mächten nicht nur, er feuerte sie wenn nötig auch an, sodass „in deren ‚totem Winkel’ Deutschland zu einer bestimmenden, schließlich gar zur Kolonialmacht aufsteigen konnte.“ (S. 39)

Überdies geriet der Nahe Osten zunehmend in den geo- und bündnispolitischen, vor allem aber in den wirtschaftlichen Fokus des Kaiserreichs. Deutsche Offiziere sollten den osmanischen Truppen preußische Disziplin beibringen. Mit ihnen kamen gleich auch deutsche Waffen und weitere Industriegüter. Der Autor zeichnet detailliert nach, wie Bismarck die Balance zwischen seiner außenpolitischen Strategie und den deutschen

Wirtschaftsinteressen zu halten versucht: Auf der einen Seite will er es sich nicht mit den anderen Mächten verscherzen, auf der anderen drängt die deutsche Wirtschaft immer mehr auf Export.

Das provokante Bagdadbahnprojekt lehnte er persönlich ab, musste ihm jedoch trotzdem grünes Licht geben. Schließlich wurde Bismarcks Politik zum Hemmschuh für das deutsche Großkapital. Wie das Buch zeigt, galt dies gerade in Bezug auf den Nahen Osten. Nach Bismarcks Sturz meldete Kaiser Wilhelm der II. auf seiner Orientreise 1898 persönlich die deutschen Ambitionen in der Region an. Es folgten die Marokko-Krisen 1904 bis 1906 und 1911. Parallel wuchsen die deutsch-osmanischen Wirtschafts- und Militärverflechtungen weiter.

Freunde, Partner, Imperialisten …

Al Haj Ali legt in seinem Buch einen besonderen Fokus auf den ökonomischen Aspekt in der deutschen „Orientpolitik“. Das Osmanische Herrschaftsgebiet wird in den 1880er-Jahren Absatzmarkt für Industrieprodukte aus dem Kaiserreich und hielt umgekehrt als Rohstofflieferant her. Ein klassisch koloniales Verhältnis. Merkwürdigerweise sieht der Autor das anders. Während er Bismarck als falschen Freund der Türkei mit eigenen Machtinteressen entlarvt und die Türkei als „Labor deutscher Außenpolitik“ (S. 178) bezeichnet, heißt es an anderer Stelle: „Die eigentlich imperialistische Politik wird also in Paris und London, nicht aber in Berlin betrieben.“ (S. 173) Diese merkwürdige Unterscheidung stützt sich auf die Strategie der deutschen Führung, das Osmanische Reich als Entwicklungsland zum abhängigen Handelspartner und zugleich zum militärischen Vasallen zu machen. Damit erteilt er den zuvor angeführten Theorien W. I. Lenins, Rosa Luxemburgs und Joseph Schumpeters eine Absage, wonach Imperialismus strukturell zu fassen sei und sich nicht erst in Krieg und Gebietsansprüchen ausdrücke. Schon zuvor definiert er den Imperialismus nach Heinrich Friedjung als „den Drang der Völker und der Machthaber nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft.“ (S. 40)

Neben diesen Begriffsverwirrungen stolpert man als Leser*in zudem hin und wieder über veraltete Ausdrücke wie „moslemisch“ (S. 69) und „mohammedanisch“ (S. 21, 65). Da es sich um eine Dissertation handelt,

kommt das Buch sprachlich und dem Aufbau nach sehr akademisch daher. Auch werden gewisse Vorkenntnisse zur europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert, insbesondere zu internationalen Mächteverhältnissen und zum Balkan vorausgesetzt. Ist dies gegeben, liest man Al Haj Alis Buch allerdings mit Gewinn. Zwar dürfte die abschließende Erkenntnis des Autors, dass die Wirtschaft die treibende Kraft deutscher Außenpolitik gewesen sei, wenig überraschen. Um aber diese Wahrheit konkret benennen zu können, braucht es Bücher, die Fakten zusammentragen und auswerten. Al Hat Ali tut dies insbesondere an den Stellen, an denen er die wirtschaftlichen Dimensionen und Dynamiken anhand von Zahlen und politisch-ökonomischen Seilschaften hervorhebt.

Abdulmajeed Al Haj Ali 2019:
Die Orientfrage in der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg.
LIT-Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-643-13898-9.
200 Seiten. 34,90 Euro.

Zitathinweis: Leon Wystrychowski: Steigbügel des deutschen Imperialismus. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/mqkCv.

Politikberatung statt Gesellschaftskritik

Philipp Mattern, Timo Pongrac, Tilman Vogt, Dennis Wutzke (Hg.)
Abschied vom Unzeitgemäßen?
Politische Ideengeschichte im Widerstreit – Festschrift für Klaus Roth

Die kritische deutsche Politikwissenschaft hat sich zu einer Regierungswissenschaft gewandelt. Das zeigt exemplarisch die Entwicklung des Otto-Suhr-Instituts in Berlin.

Rezensiert von Michael Rahlwes

Die deutsche Politikwissenschaft der jungen Bundesrepublik war ein Fach, in dem, so der Frankfurter Ideengeschichtler Iring Fetscher, „viele ausgewiesene Antinazis und Verfolgte oder exilierte Hochschullehrer“ lehrten (Fetscher 1999, S. 30). Weder das Fach noch die Demokratie waren damals anerkannt. Das änderte sich erst im Zuge der 1960er Jahre und bescherte der Politikwissenschaft eine gewisse „Blütezeit“. Wie aber hat der Neoliberalismus in den vergangenen dreißig Jahren das Fach verändert? Auf diese Frage gibt auch die Festschrift, die dem seit März 2019 emeritierten Professor für Ideengeschichte am Berliner Otto-Suhr-Institut Klaus Roth gewidmet ist, keine erschöpfende Antwort. Sie liefert aber Anhaltspunkte, in welche Richtung sich das Fach am größten deutschsprachigen Institut entwickelt hat: in Richtung „Regierungswissenschaft“ (S. 48) oder auch „Politikberatung“ (ebd.).

Die Rationalisierung der Universität

Ein erster Gesichtspunkt der Veränderung des Fachs ist die „Politikberatung“. Fetscher verstand vor zwanzig Jahren noch darunter, dass ein politikwissenschaftliches Studium den Individuen ermöglichen sollte,

> *„sich umfassend über Möglichkeiten und Grenzen ihrer/seiner Mitwirkung an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft zu orientieren und ein Konzept von Wünschbarkeiten und Realisierungschancen der Verbesserung der Bedingungen für die allseitige ‚freie Entfaltung' unterschiedlicher individueller Anlagen eines/einer jeden in einer solidarischen Gesellschaft zu entwickeln." (Fetscher 1999, S. 35)*

Laut Fabian Bennewitz, der in der Festschrift vertreten ist, hat sich der Fokus des Faches mittlerweile verändert. Das Otto-Suhr-Institut (OSI) sei zwar heute noch immer wichtig, allerdings „jetzt vor allem in der Politikberatung und für die wissenschaftliche Legitimation militärischer Interventionen und internationaler Machtpolitik. Die Grundlagenforschung, erst recht die kritische, ist auf dem Rückzug" (S. 233).

Letzteres trifft auch auf die politische Ideengeschichte am OSI zu, die es nach dem Ausscheiden von Roth nicht mehr geben wird. Wie es dazu gekommen ist, kann als ein Lehrstück in Sachen neoliberaler Kurzsichtigkeit gelesen werden: Im Zuge einer Rationalisierung des universitären Betriebs wurde mit der politischen Ideengeschichte ausgerechnet jener Bereich der Politikwissenschaft abgewickelt, der über die Geschichte politischer Ideen (und damit auch der Vernunft) hätte Auskunft geben können. Am Ende dieses Prozesses wurden den Herausgebern zufolge die „Lehrpläne und Studienordnungen" entrümpelt, „das heißt von der verpflichtenden Beschäftigung mit den politischen Ordnungsentwürfen und vielgestaltigen Emanzipationsideen der europäischen Geschichte befreit" (S. 11). Das Politikstudium am OSI sei nun von der Notwendigkeit, „sich mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen", abgetrennt, und die „Konfrontation mit den Ideen anderer Zeiten" werde „selbst zur Sache einer vergehenden Zeit, unzeitgemäß" (ebd.).

Dass die politische Ideengeschichte und mit ihr Roth am OSI „unzeitgemäß" wurden, ist dabei selbst einer spezifischen Konstellation geschuldet, der Volker Strähle nachgeht. Nach der Emeritierung von Bodo Zeuner und Peter Grottian vor etwa 15 Jahren seien „die einst als konservative Legitimationsideologie verschriene Ideengeschichte" und mit ihr Roth „unverhofft zum Refugium der Kritik" (S. 28) geworden. Mit ihm sei ein „Nicht-Kämpfer zum Zentrum erbitterter Kämpfe" (ebd.) geworden: Vom gescheiterten Berufungsverfahren für die Nachfolge Gerhard Göhlers seit 2005 über die Abschaffung des

eigenständigen „Moduls“ Ideengeschichte und trotz der Einrichtung einer Professur auf Zeit für Roth im Jahr 2009 – die Ideengeschichte wurde in diesem Prozess von der nun dominanten Richtung, den Internationalen Beziehungen, ins Abseits gedrängt. Strähle zufolge ist die dahinter stehende Logik ebenso zynisch wie einfach: „Mit den Post-68er-Linken, die in die Pension verabschiedet werden, wird die Theorie überhaupt entsorgt“ (S. 32).

Das Ende der Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge

Zwar sei dieser Prozess nicht linear verlaufen – so haben sich andere Institute des Fachbereichs im Jahr 2009 zusammengetan und für eine Professur auf Zeit eingesetzt –, doch stimme der gesamte Ablauf der Marginalisierung kritischer Wissenschaft am OSI wenig hoffnungsvoll. Er kann den Herausgebern zufolge sogar zu einem Ton der „Bitterkeit [führen], die diesen Band in manchen Passagen prägt“ (S. 17). Dagegen setzen sie die prinzipielle Offenheit der Zukunft, die „noch lange nicht entschieden“ (ebd.) sei. Anlass zur Hoffnung geben gegenwärtig die aus dem akademischen Mittelbau hervorgehenden Initiativen gegen Prekarisierung und Exzellenz.

Doch was geht mit Roth eigentlich für eine Konzeption politischer Ideengeschichte am OSI verloren? Arnhelm Neusüß beschreibt Roths 2003 erschienenes Habilitationsprojekt „Die Genealogie des Staates“ als ein „im Sinne Benjamins, zur Begründung von Hoffnung aus vertaner Möglichkeit“ (S. 23) ausgerichtetes Projekt. Roth sei es um „alternative Erzählungen, das Liegengebliebene, Vergessene“ gegangen, die nicht als „Streit bloßer Ideen“, sondern „Kondensat sozialer Kämpfe“ (ebd.) gelesen werden müssen. Solche „Reflexionsmöglichkeiten“ sind Gerhard Göhler zufolge bedeutsam, weil ansonsten „die Gesellschaft das Nachsehen“ (S. 73) habe. Denn es müsse befürchtet werden, dass die Reflexion historischer Zusammenhänge verloren gehe, ohne sie hänge wissenschaftliche Reflexion aber „in der Luft“ (ebd.). Wie Dennis Wutzke ausgehend von einer unkonventionellen Lektüre der Anerkennungstheorie von Axel Honneth argumentiert, könnte eine solche, sich auf gesellschaftliche Entwicklung beziehende Reflexion in der Analyse des autoritären Charakters der Neuen Rechten liegen: „Die Norm und das Normative sind augenscheinlich allgegenwärtig in den Bindungskräften des

neuen alten Faschismus“ (S. 100). Das „normative Potential von Missachtungserfahrungen und sozialen Konflikten“ (S. 107) habe gegenwärtig keine progressiven Wirkungen, sondern verkehre sich in das Gegenteil: in Hass, Ausgrenzung und Gewalt gegen Andere.

Der Blick auf das gesellschaftliche Ganze – ein totalitärer Move?

Eine kleine Kontroverse scheint im „Theorieteil“ des Bandes auf, in welchem Bernd Ladwig, Lehrstuhlinhaber für Moderne Politische Theorie am OSI, die Vorstellung als totalitär kritisiert, Theorie müsse auf das gesellschaftliche Ganze zielen. Die Wirklichkeit mache „keine eindeutigen Vorgaben für die Richtung der [normativen] Rekonstruktion“ (S. 164). Laut Ladwig hat Theorie sich mit der „normativen Frage nach dem Vernünftigen [zu bescheiden] und reicht die empirische Frage nach dem Faktischen vertrauensvoll an die wirklichkeitswissenschaftlichen Abteilungen der Soziologie und Politikwissenschaft weiter“ (S. 155). Göhler zufolge setzt empirische Forschung aber ein „festes theoretisches Gerüst“ (S. 76) voraus, welches kritisch reflektiert werden muss.

Abseits aller Fragen der Begründung, darin ist Ladwig zuzustimmen, geht es darum, die materiellen Bedingungen für die Beteiligung aller am gesellschaftlichen Diskurs zu garantieren. Der grundlegende Zweifel an der normativen Sozialphilosophie ist damit jedoch nicht ausgeräumt. Darüber hinaus wäre Martin Fries’ Konzept der Ideengeschichte „als Geschichte europäischer Männer über sich selbst“ systematisch ernst zu nehmen. Denn die von Fries vorgeschlagene Umkehrung der „Blickrichtung“ auf die Partikularität „hegemoniale[r] europäischer Männlichkeiten als spezifische und beschränkte Entwürfe“ (S. 200) stellt grundsätzlich die Universalität der „Geschichte der politischen Ideen“ infrage.

Einspruch gegen den universitären Betrieb

Dem Band gelingt für eine Festschrift Ungewöhnliches: Er wird zum kritischen Einspruch gegen den herrschenden universitären Betrieb (der doch gewöhnlich in solchen Bänden affirmiert wird) und zu einem Zeitdokument,

das erlaubt, den Prozess der neoliberal bornierten Abwicklung einer für die demokratische Orientierung von Studierenden bedeutenden Teildisziplin der Politikwissenschaft kritisch zu reflektieren. Inhaltlich können unter anderem die Kritik an einer geschlechtsblinden und weißen politischen Wissenschaft, die Analysen des autoritären Konformismus von rechts und der uneingelösten Potenziale historischer Ordnungsentwürfe und Emanzipationsansprüche als Desiderate für weitere Forschungen gelten. Allein dieser kursorische Überblick zeigt: Es wäre noch viel zu forschen gewesen in der politischen Ideengeschichte am OSI.

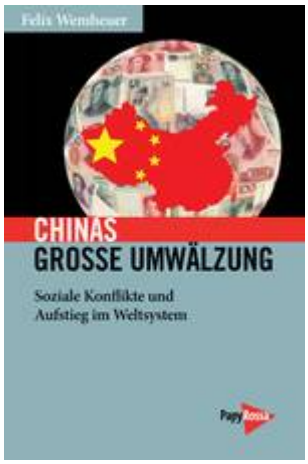
Zusätzlich verwendete Literatur:

Iring Fetscher 1999: „Von der Universaldisziplin bis zur Arbeitsteilung, Politikwissenschaft in Frankfurt“, in: Wolfgang Glatzer (Hg.), Ansichten der Gesellschaft. Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft, Opladen, S. 28-37.

Philipp Mattern, Timo Pongrac, Tilman Vogt, Dennis Wutzke (Hg.) 2019: Abschied vom Unzeitgemäßen?. Politische Ideengeschichte im Widerstreit – Festschrift für Klaus Roth.
BdWi-Verlag, Marburg.
ISBN: 978-3-939864-25-7.
242 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Michael Rahlwes: Politikberatung statt Gesellschaftskritik. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/4kADr.

Die Partei hat einen Plan



Felix Wemheuer
Chinas große Umwälzung
Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem

Von Mao bis Xi im Zeitraffer oder Chinas Aufstieg zur weltweit größten Volkswirtschaft.

Rezensiert von Philipp Hanke

In seinem neuen Buch will Felix Wemheuer Konturen und Linien im Kontext der Entwicklungen von Globalisierung, Entkolonialisierung, Kaltem Krieg und neoliberalem Kapitalismus sichtbar machen – ausdrücklich als einen „Anfang“, um „die Diskussion an[zu]regen.“ (S. 13) Es geht um die Fragen: Was kennzeichnet die moderne chinesische Gesellschaft? Wird China das Weltsystem grundlegend ändern oder selbst zu einem neuen kapitalistischen Zentrum aufsteigen?

Rückständigkeit zu überwinden, den Westen ökonomisch einzuholen, schließlich den historischen Anspruch vom „Reich der Mitte“ in der Gegenwart erneut zu realisieren, kennzeichnen den *einen* Plan der chinesischen Führung, seit die Kommunistische Partei (KPCh) am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik gründete. In immer wieder neuen Anläufen mit einer von radikalen Reformen bestimmten Innenpolitik machte sich die Partei daran, China quasi im Schnelldurchlauf von einer Agrargesellschaft zu einer führenden Hochtechnologienation zu entwickeln [Mehr dazu in unserer Ausgabe # #49 zu China]. Mit Erfolg: Das Mitte des vorigen Jahrhunderts überwiegend agrarisch geprägte Land ist inzwischen die größte Volkswirtschaft der Welt. Der Großteil der Bevölkerung lebt heute in stetig wachsenden urbanen Ballungszentren. Das bedeutet nicht nur für die chinesische Gesellschaft eine

grundlegende Herausforderung, sondern auch für das internationale Machtgefüge.

Chinas Kalkül und die globale Welt

Der Anspruch Wemheuers – die innenpolitischen Entwicklungen einzuschätzen und zugleich ihre globalen Auswirkungen im Blick zu haben – spiegelt sich im Aufbau des Buches wider. Der erste Teil handelt von Chinas „Aufstieg im Weltsystem“, der zweite vom „sozialen Wandel der Gesellschaft und [ihrer] Konflikte“.

Analytisches Rüstzeug des Autors sind Marx’ Analyse des „Kapitalismus“ und die „Weltsystemtheorie“ des Kapitalismus- und Globalisierungskritikers Immanuel Wallerstein. Den globalen Zusammenhang entdeckt Wemheuer etwa in der Gleichzeitigkeit von Privatisierungen in einigen Teilen Chinas sowie der Bundesrepublik, in der Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen, kolonialen Befreiungsbewegungen und in dem von Umbrüchen und Verwerfungen geprägten Verhältnis zu den Supermächten USA und der Sowjetunion.

Wemheuer zeigt auf, wie die sozialistischen Staaten in ökonomischer Hinsicht gegenüber dem kapitalistischen Westen ins Hintertreffen gerieten und die Solidarität zwischen sozialistischen Bruderstaaten allmählich erodierte. Während die UdSSR zunehmend an revolutionärer Integrationskraft einbüßte und es der KPdSU nicht gelang, durch entsprechende Umgestaltungen ihre Macht nachhaltig zu sichern, vollzog die KPCh gegen Ende der 1970er Jahre grundlegende Reformen, in deren Folge sich die Volksrepublik vom Status der „Werkbank“ der Welt rasant zur neuen technologischen Supermacht entwickelte. Der Autor beschreibt dabei das Handeln der KPCh als planvoll und kalkuliert und unterstreicht ihre Lernfähigkeit angesichts des Scheiterns der Sowjetunion: Man beobachtete die Entwicklungen dort genau und entschied sich deshalb dazu, den eigenen Markt für westliches Kapital zu öffnen. Als Partner und Konkurrent der USA sollte zum einen die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft vorangetrieben werden, zum anderen wertvolles technologisches Wissen gewonnen werden, um selbst bedeutender Standort für die Produktion und Entwicklung von Hochtechnologie zu werden. Wemheuer gelingt es dabei, immer wieder die großen Linien des nach Plan

ablaufenden Aufstiegs der Volksrepublik und der Wendepunkte in der Politik der KPCh auch als Wechselwirkung mit den globalen Entwicklungen aufzuzeigen.

So konstatiert er für die Jahre vor 1989 eine gewisse Liberalisierung der chinesischen Gesellschaft und verweist auf „die transnationale und ideologische Bandbreite und Offenheit, mit der im China der 1980er-Jahre über den weiteren Weg der Reformen diskutiert wurde.“ (S. 103) Die Ereignisse des Jahres 1989 bedeuteten demgegenüber einen klaren Bruch. Die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz unter Verhängung des Kriegsrechts beschreibt er als Triumph der Hardliner, die unter keinen Umständen ihre Macht einbüßen wollten, damit die Volksrepublik nicht das gleiche Schicksal wie die Sowjetunion ereile.

Staatskapitalismus und Macht

Im zweiten Teil seines Buches widmet sich Wemheuer dem Wandel der chinesischen Gesellschaft seit der Machtübernahme durch die KPCh. Dabei betrachtet er unter anderem den Staatskapitalismus und die Entwicklung einer „neuen Klasse“ von Privatkapitalist*innen. Das vierte Kapitel ist eine Zusammenfassung der ebenfalls 2019 erschienenen Monographie „A Social History of Maoist China“. Dem Ansatz des Intersektionalismus folgend, charakterisiert der Autor die Mao-Ära als „semi-sozialistische Gesellschaft“, welche die Eliten und Strukturen der prärevolutionären Gesellschaft zerschlug und mit der „Kulturrevolution“ trotz aller „Gewalt und Radikalität“ nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass der „Umwälzung der Gesellschaft im Sinne einer Modernisierung sowie Aufbau des Sozialismus“ (S. 174) Grenzen gesetzt waren. Erst die Reformperiode und die damit verbundene Öffnung für den Weltmarkt führten zu einer Modernisierung der Gesellschaft, ohne aber eine (westliche) Liberalisierung nach sich zu ziehen.

Dennoch haben Strukturmerkmale der Mao-Ära bis heute einen nachhaltigen Effekt auf die Gesellschaft. Im Gegensatz zur Sowjetunion war in China die Planung weniger stark zentralisiert und es wurde lokalen Behörden mehr Eigeninitiative bei der Verwendung von Steuergeldern zugesprochen, die somit selbst zu wirtschaftlichen Akteur*innen wurden. So kam es zu einer Verschränkung von wirtschaftlicher und politischer Macht, die mit der

ökonomischen Liberalisierung seit der Reformära zu einem einzigartigen Wachstum führte, aber auch die Korruption in erheblichem Maße ansteigen ließ.

Bis heute entscheiden Parteiränge über gesellschaftlichen Status und damit einhergehende Privilegien. Inzwischen geht man von Seiten des Zentralkomitees gegen diese Form der Schattenwirtschaft vor. Die „Staatsklasse“ als einflussreichste gesellschaftliche Macht ist das korrupte System, welches sich mittels Anti-Korruptionskampagnen gegenüber der Öffentlichkeit in ein gutes Licht zu stellen sucht (in den Jahren zwischen 2012 und 2016 waren über 1,1 Millionen Personen von dieser Kampagne betroffen). Nach Wemheuer werden es vor allem jene Kampagnen sein, die über die Zukunft der Volksrepublik entscheiden. Die Frage wird sein, ob es der Partei gelingt, ihre oligarchischen Strukturen zu bereinigen, ohne dabei an eigener Macht und gesellschaftlicher Legitimation einzubüßen.

Und die Neue Seidenstraße?

Felix Wemheuer stellt mit seiner Monographie eine lesbare Einführung zum Verständnis der Geschichte der Volksrepublik bereit. Das begriffliche Werkzeug, inspiriert von Marx und Wallerstein, ermöglicht es, die globalen Auswirkungen des Aufstiegs Chinas einzuordnen und das gegenwärtige Handeln der KPCh nachzuvollziehen. Was dabei etwas außen vor bleibt, sind zum Beispiel die „One Belt, One Road“-Initiativen Chinas zum Aufbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze. Während die Rhetorik der KPCh bei diesem Projekt auf eine gemeinsame Entwicklung des weltweiten Handels und einer Hilfe zur Selbsthilfe hinweist (insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent), tritt die Volksrepublik als eine eigentlich neokoloniale Akteurin auf, die sich mit Krediten in dreistelliger Milliardenhöhe den Zugriff auf die Rohstoffmärkte zu sichern sucht. Trotz der umfangreichen Analyse des gegenwärtigen „Weltsystems“ lässt der Autor damit die Frage offen, wie sich diese Initiative auf das globale Machtgefüge auswirken wird.

Außerdem geht er auch der Frage nach einer emanzipatorischen Perspektive aus dem Weg, die über eine Kritik der Situation der Menschenrechte in der Volksrepublik hinausreichen würde. Die KPCh hat sich zwar nie der „christlich-abendländischen“ Menschenrechtsidee verpflichtet gefühlt, sondern sieht sie

immer auch von den jeweiligen „Denkweisen“ eines Landes abhängig. So wäre es aber interessant zu untersuchen, welcher Zweck jenseits der Machterhaltung hinter dem einzigartigen gesellschaftspolitischen Experiment der geplanten flächendeckenden Überwachung und des Sozialkreditsystems auszumachen ist. Denn mit seiner zunehmenden Hegemonie wird der „Sozialismus chinesischer Prägung“ auch Auswirkungen auf das Leben in den einstigen Metropolen haben. Damit bleibt zu hoffen, dass durch Wemheuers Monographie eine Debatte angestoßen wird, die China als einen globalen Akteur ernst nimmt und über die Situation der Menschenrechte hinausweist.

Felix Wemheuer 2019:
Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem.
PapyRossa, Köln.
ISBN: 978-3-89438-676-4.
271 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: Philipp Hanke: Die Partei hat einen Plan. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/V5Sib.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere Kontaktseite erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.